

Wladyslaw Gomułka und Deutschland*

von

Markus Krzoska

Mittlerweile sind knapp fünf Jahre vergangen, seit der revolutionäre Prozeß in Osteuropa als erstes Land Polen erfaßte. Wieder einmal Polen, müßte man sagen, denn es war seit dem Zweiten Weltkrieg derjenige osteuropäische Staat, in dem sich die Ideologie des Marxismus-Leninismus ja am wenigsten durchsetzen konnte. Einen polnischen Sonderweg hat es auf irgendeinem Gebiet fast immer in dieser Zeit gegeben. Im Westen war es vor allem die Ära Gomułka (1956–1970), die als Inbegriff eines speziellen Nationalkommunismus galt. Es entwickelte sich hier, aber auch in Polen selbst, vorübergehend eine Art Mythos um den Mann, der es wie kein zweiter geschafft hatte, eine Ausnahmerolle zu spielen. Er überlebte Stalins Säuberungen vor und nach dem Kriege, kehrte aus dem Gefängnis an die Spitze der Partei zurück, wurde von den eigenen Leuten wieder davongejagt, zur ‚persona non grata‘ erklärt und erlebte ganz am Ende seines Lebens noch ein kleines Comeback.

Das von Gotthold Rhode geprägte Schlagwort vom „wendig leben, passend sterben“ trifft seinen Charakter nur teilweise¹, denn es war weniger Wendigkeit als vielmehr Beharrlichkeit, die ihn auszeichnete. Diese Beharrlichkeit wird besonders deutlich am Beispiel einer speziellen, für sein Wirken aber zentralen Thematik: seinem Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen im Laufe der fast dreißig Jahre seiner führenden politischen Aktivität, als Funktionär im Untergrund und an der Spitze der Partei bis zur Entmachtung 1948/49 und erneut als Parteichef nach dem Wiederaufstieg 1956–1970.

Der vorliegende Aufsatz stützt sich in erster Linie auf die öffentlichen Reden, Artikel und Interviews Gomułkas aus den Jahren 1943 bis 1970. Die Auswahl dieser Quellenart erscheint legitim, da – wie es schon bei der Herausgabe einer ersten Sammlung von Gomułka-Äußerungen zum „deutschen Problem“ im Jahre 1968 hieß – „hinter jeder dieser Äußerungen politische Ereignisse stehen, die mit konkreten Entscheidungen verbunden sind“².

Da politische Prozesse und ihre Folgen nicht ohne die jeweilige Wechselwirkung zwischen den Akteuren zu verstehen sind, wurde zudem ergänzendes Archivmaterial herangezogen. Dies gilt besonders für die Zeit zwischen 1956 und 1970. Dadurch verbreitert sich das Bild mitunter zu einer Teildarstellung

*) Der Beitrag ist aus einer an der Universität Mainz bei Univ.-Prof. Dr. Erwin Oberländer verfaßten Magisterarbeit hervorgegangen.

1) Vgl. G. Rhode: Wendig leben, passend sterben, in: Die politische Meinung 28 (1983), H. 206, S. 58–64.

2) K. Małcużyński: Historyczny egzamin [Ein historisches Examen], in: „Polityka“ v. 21. 12. 1968.

der bilateralen Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik bzw. der DDR. Da man aber davon ausgehen kann, daß der Parteichef eines osteuropäischen Staates im behandelten Zeitraum – natürlich in enger Absprache mit Moskau – eine dominante Stellung nicht nur in der Außenpolitik seines Landes hatte, ist es sehr wahrscheinlich, daß die durchgeführten Maßnahmen sich weitgehend mit seinen persönlichen Absichten deckten. Somit steht Gomułka nicht nur als ‚pars pro toto‘ in der polnischen Deutschlandpolitik, sondern als die entscheidende Größe.

1. Die Jahre 1943–1948

Schon seit seinem Aufrücken in das Spitzentrio der Polska Partia Robotnicza (PPR) [Polnische Arbeiterpartei] galt Władysław Gomułka (1905–1982) als der Experte seiner Partei in der Auseinandersetzung mit den Deutschen. Sein Ruf wurde durch den aktiven Widerstand begründet, den er gegenüber den nationalsozialistischen Besatzern geleistet hatte. Die Ausgangsposition Gomułkas war hierbei nicht viel anders als die der übrigen polnischen Politiker, gleichgültig ob sie das westliche oder das östliche Exil gewählt hatten. Die drohende physische Vernichtung des polnischen Volkes führte zu der Schlußfolgerung, der Feind sei auf allen Gebieten zu bekämpfen und es müsse ein für allemal verhindert werden, daß er noch einmal auf die Idee verfallen könnte, Polen anzugreifen. Gomułka selbst schlug zunächst differenzierte Töne an. Im ersten bekannten Dokument zu Deutschland vom Januar 1943 kritisierte er zwar die Passivität der Exilregierung in London im Krieg, unterschied aber auch zwischen den Befehlshabern bzw. den „Hitleristen“ allgemein und den deutschen Soldaten, die von Hitler als Kanonenfutter an der Ostfront verheizt würden³. Die Schwierigkeit einer solchen Differenzierung bestand darin, daß sie der polnischen Bevölkerung praktisch nicht zu vermitteln war, andererseits aber im Interesse der sowjetischen Deutschlandpolitik lag, die sich alle Optionen für die Nachkriegszeit offenhalten wollte⁴.

Im allgemeinen hing das Verhalten Deutschland gegenüber direkt von den jeweiligen politischen Zielen ab. Hierbei gingen die Kommunisten für das Nachkriegspolen von einer völlig veränderten Grundkonzeption aus. Ein enges Bündnis mit der Sowjetunion sollte das Balancieren zwischen West und

3) Offener Brief des ZK der PPR an die Landesdelegatur der Regierung General Sikorskis vom 15. 1. 1943, zit. nach: W. Gomułka (zukünftig abgekürzt W. G.): *O problemie niemieckim. Artykuły i przemówienia*. [Über das deutsche Problem. Artikel und Reden], ausgewählt von M. Tomala, Warszawa, 3. Aufl. 1984, S. 7.

4) Zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen und ihren deutschlandpolitischen Implikationen vgl. trotz des etwas stark ausgeprägten „sozialistischen Bewußtseins“ dieses Buches: E. Basiński: *Od Lublina do Zgorzelca. Współdziałanie Polski i ZSRR w rozwiązywaniu problemu niemieckiego 1944–1950* [Von Lublin bis Görlitz. Das Zusammenwirken Polens und der UdSSR bei der Lösung des deutschen Problems 1944–1950], Warszawa 1980.

Ost ersetzen, das sie für die Niederlage im September 1939 verantwortlich machten⁵. Die Bedenken, die es in der polnischen Gesellschaft gegen ein so enges Bündnis gab, sollten durch die gemeinsame Angst vor einem Wiedererstarken Deutschlands überdeckt werden, dem man alleine nicht widerstehen könne⁶. Entscheidendes Kriterium der Einstellung zu Deutschland nach dem Krieg sollte die Frage der polnischen Westgrenze werden. Hier hatte Stalin schon 1941 eine Ausdehnung Polens bis an die Oder ins Spiel gebracht. Auch der damit verbundene Aspekt einer „Westverschiebung“ Polens dürfte den polnischen Emigrantenkreisen in Moskau schon 1942 bekannt gewesen sein⁷. Als Reaktion darauf bediente sich die polnische Linke von diesem Zeitpunkt an bis etwa Anfang 1944 überwiegend der historischen Argumentation, wobei die Namen früher polnischer Fürsten zum Synonym für neue, „berechtigte“ Ansprüche wurden⁸. Augenscheinlich übernahm man hier die „piastische Tradition“ der Zwischenkriegszeit, die nun zu einem wesentlichen Bestandteil der volkspolnischen Staatsräson wurde. Schon im Programm der PPR vom November 1943, dessen Hauptautor Gomułka war, hieß es: „Im Westen und an der Ostsee müssen wir die ethnisch polnischen Gebiete wiedererringen, die besonders in der den Teilungen folgenden Zeit der Gefangenschaft und während der gegenwärtigen deutschen Besatzung entnationalisiert und durch Gewalt germanisiert worden sind.“⁹

Bestärkt durch die diplomatische Hilfe der UdSSR auf internationaler Ebene, begann man, die Gebietsforderungen im Westen höherzuschrauben. Die offizielle Linie endete hier mit dem Anspruch auf die westliche (Lausitzer) Neiße als Grenzfluß, eine Position, die Stalin dann auch billigte, obwohl die Initiative dazu wohl eher von Polen ausging¹⁰. Dabei stellte man in der Öffentlichkeit diese Gebietsgewinne anfangs durchaus als Kompensation für die verlorenen Ostgebiete dar; erst später wurde der Gedanke einer strategischen Absicherung gegenüber Deutschland propagandistisch ausschlaggebend¹¹. Daß man sich durch die neue Grenzziehung Deutschland auf immer zum Gegner machen würde, wie es die Exilregierung in London befürchtete, war für die Kommunisten und besonders für Gomułka kein Argument. Seiner Meinung

5) So z. B. Gomułka in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 1. Parteitag der PPR am 7. 12. 1945, in: *O problemie niemieckim* (wie Anm. 3), S. 54–81.

6) Rede Gomułkas auf der Sitzung des Nationalratsvorstands in Lublin vom 29. 9. 1944, in: *W. G.: Artykuły i przemówienia* [Artikel und Reden], Bd. 1, Warszawa 1962.

7) Nach V. Vierheller: *Polen und die Deutschlandfrage 1939–1949*, Köln 1970, S. 67.

8) Ebenda, S. 68.

9) Nach „Kształtowanie się podstaw programowych PPR w latach 1942–1945“ [Die Gestaltung der Programmgrundlagen der PPR in den Jahren 1942–1945], Warszawa 1958, S. 144.

10) Zu den Gesprächen über die deutsch-polnische Nachkriegsgrenze vgl. W. Wagner: *Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 1964.

11) Vgl. Vierheller (wie Anm. 7), S. 80f.

nach mußte man davon ausgehen, daß der deutsch-polnische Antagonismus unauflöslich sei. Somit wäre es nur wichtig, daß Deutschland Polen unterlegen sei¹². Um diesen Zustand zu bewahren, plädierte Gomułka schon früh dafür, vollendete Tatsachen zu schaffen, besonders in den sogenannten „Wiedergewonnenen Gebieten“ (ziemie odzyskane) im Westen und Norden¹³.

Erstaunlicherweise waren die Wünsche hinsichtlich einer deutschen Wiedergutmachung ebensowenig konkret wie die Vorstellungen von der zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach dem Krieg. Dabei wurde eine sozialistische Revolution als Folge der Kriegsniederlage nicht ausgeschlossen¹⁴. Auf jeden Fall erwartete man aber, daß dem deutschen Imperialismus jede Grundlage, besonders die wirtschaftliche, entzogen würde¹⁵. Die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit Deutschen überhaupt noch möglich sein könnte, wurde offengelassen. Die Stimmen, die für eine Kollektivschuld aller Deutschen plädierten, wurden gegen Kriegsende zwar auch in der Parteispitze der PPR lauter; es scheint jedoch zumindest einen Grundkonsens gegeben zu haben, die deutschen Opfer des Nationalsozialismus davon auszunehmen¹⁶.

Die Bewährungsprobe für die Deutschlandpolitik der polnischen Kommunisten kam erst nach der deutschen Kapitulation vom Mai 1945. Sie war verbunden mit der Rolle, die Polen im neuen europäischen System spielen sollte und wollte. Diese Rolle leiteten die Kommunisten aus den schrecklichen Leiden des Krieges ab, „jenem Martyrium, das kein anderes Volk auf der Welt erlitten hat“¹⁷. Konkret hieß das, daß Polen die Rolle Deutschlands in Mitteleuropa sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet einzunehmen beabsichtigte¹⁸. Um dies verwirklichen zu können, mußten mehrere Faktoren

12) „Deutschland war durch seine ganze Geschichte hindurch ein Feind Polens ... Unsere Sicherheit wird dann stabiler sein, wenn Deutschland schwächer ist“; so Gomułka vor dem ZK in Warschau im Mai 1945 (W. G., Art. i przem. 1 [wie Anm. 6], S. 246–248).

13) Siehe S. Ciesielski: *Myśl zachodnia Władysława Gomułki (1943–1948)* [Der Westgedanke W. G.'s 1943–1948], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“* 40 (1985), S. 147–159, hier S. 148.

14) Vgl. Vierheller (wie Anm. 7), S. 189.

15) So auch Gomułka auf einer Kundgebung in Warschau vom 3. 4. 1945: „Bedingung, um ... einen dauerhaften Frieden in Europa herzustellen, ist, daß man Deutschland nicht nur das von ihm besessene Kriegsgerät vollständig wegnimmt, sondern auch die Fabriken, die dieses Gerät herstellen oder herstellen könnten.“ (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 38f.).

16) Vgl. M. Stolarczyk: *Stanowisko Polski wobec zagadnienia jedności i podziału Niemiec w latach 1944–1949* [Die Haltung Polens zum Themenkomplex Einheit und Teilung Deutschlands in den Jahren 1944–1949], Katowice 1989, S. 34f. – Gomułka selbst sprach im Februar 1945 von einer deutschen Kollektivschuld (Rede in Lodz am 18. 2. 1945, nach: W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 36).

17) Gomułka am 8. 9. 1946 in Warschau (ebenda, S. 97). Die Aussage spielt wohl nicht ohne Absicht auf die romantische Tradition an, wo z. B. Mickiewicz die Märtyrerrolle Polens hervorhob, das für Christus am Kreuz leiden müsse.

18) Gomułka in „Głos Ludu“ vom 5. 8. 1945 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 48).

zusammenfallen: Deutschland mußte auf lange Zeit schwach gehalten und kontrolliert werden; die vier Großmächte mußten zusammenarbeiten, und Polen mußte rasch wiederaufgebaut werden¹⁹. Das allein genügte jedoch nicht. Ziel war es, eine doppelte Absicherung Polens zu erreichen, zum einen in Form bilateraler Verträge, als deren Vorbild der polnisch-sowjetische Vertrag vom 21. 4. 1945 betrachtet wurde, zum anderen strebte man nach der Etablierung einer Organisation für kollektive Sicherheit mit deutlich antideutschem Charakter²⁰.

Neben das enge Bündnis mit der Sowjetunion trat in dieser Phase (bis etwa Ende 1946) erstaunlich häufig der Gedanke einer slawischen Allianz. Generell wurden die eigenen Grenzregionen an Oder und Neiße als quasi Gemeinbesitz aller slawischen Staaten betrachtet²¹. Zu dieser Zeit glaubte man in Polen auch noch an eine Unterstützung durch die Westmächte. Bestätigt in dieser Haltung schien man nach der Konferenz von Potsdam (17. 7.–2. 8. 1945), auf der neben der Festlegung der polnischen Westgrenze auch die Art und Weise der Kontrolle über das besiegte Deutschland und die „geregelte Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung aus den ostmitteleuropäischen Staaten vereinbart wurde²². Es war nur zu verständlich, daß die polnische Führung das Potsdamer Abkommen als letztes großes Dokument der Kriegskoalition und Erfüllung fast aller polnischen Wünsche für nahezu sakrosankt erklärte. Die Zufriedenheit im Lande, die Gomułka mit seiner Bezeichnung vom „Sieg Polens in Potsdam“ auf den Punkt brachte, veranlaßte diesen aber gleichzeitig, vor einer langfristigen deutschen Gefahr zu warnen. Allein die Schwäche Deutschlands sei eine Garantie für den Frieden in Europa und der Welt²³. Ausdruck dieser Schwäche sei u. a. die neue polnische Westgrenze²⁴. Deshalb sah Polen auch erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland eine sichere Regelung aller Probleme.

Zunächst bemühte man sich auch noch nach Potsdam um Grenzkorrekturen im Westen. Allerdings gewährte man den zahlenmäßig nicht bedeutungslosen Gruppen keine politische Unterstützung, die für die Errichtung eines oder

19) Nach Stolarczyk (wie Anm. 16), S. 27, und M. Tomala: Warszawa – Berlin – Bonn (1944–1980), Szczecin 1987, S. 13–17.

20) Siehe M. Tomala: Polen nach 1945, Stuttgart u. a. 1973, S. 90.

21) So Gomułka am 8. 9. 1946, wo er Oder und Neiße als am weitesten nach Westen vorgeschobene Grenze des Slawentums bezeichnete (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 105). Appelle an die slawische Gemeinschaft z. B. auch am 1. 5., 9. 11. 1946 etc.

22) Vgl. dazu: Potsdam 1945. Ende und Anfang, hrsg. von E. Deuerlein, München 1970, S. 349–370. Zu Polens Rechtsauffassung von den Ergebnissen dieser Konferenz s. A. Ushakow: Das Potsdamer Abkommen in polnischer Sicht, in: Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, hrsg. von B. Meissner u. T. Weiter, Teil 2, Wien 1987, S. 88–98, und (ausführlicher) A. Klafkowski: Umowa poczdamska z dnia 2 VIII 1945. Podstawy prawne likwidacji skutków wojny polsko-niemieckiej z lat 1939–1945 [Das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945. Rechtsgrundlagen für die Liquidierung der Folgen des polnisch-deutschen Krieges von 1939–1945], Warszawa 1960.

23) Artikel in „Głos Ludu“ v. 5. 8. 1945 (s. Anm. 18).

24) Rede Gomułkas in Kattowitz vom 1. 5. 1946 (W. G.: Artykuły i przemówienia [Artikel und Reden] 2, Warszawa 1964, S. 104).

mehrerer Sorbenstaaten zwischen Elbe und Oder plädierten²⁵. Die polnische Regierung strebte zwar langfristig die Umerzierung des deutschen Volkes nach „demokratischen“ Maßstäben an, war aber hinsichtlich der Realisierung äußerst skeptisch. Besonders Gomułka legte den Schwerpunkt auf die Kontrolle, denn: „Niemand kann sich täuschen, daß die heutige, und vielleicht auch die nächste deutsche Generation die Berechtigung der polnischen Ansprüche auf diese wiedererworbenen Gebiete nicht anerkennen wird ... Der ewige Drang nach Osten wird nicht so bald ausgerottet werden.“²⁶ Zentrales Element polnischer Politik nach 1945 war neben der Sicherung der Oder-Neiße-Grenze insbesondere der Wiederaufbau der „wiedergewonnenen Gebiete“. Um ihn besser zu koordinieren, wurde im Dezember 1945 ein eigenes „Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete“ geschaffen, das weitreichende Kompetenzen erhielt. Gomułka wurde Minister dieses Ressorts²⁷. Sein wichtigstes Ziel war es, die in Potsdam beschlossene Verwaltung dieses Gebiets unumkehrbar zu machen, d. h. vollendete Tatsachen zu schaffen und damit eine eventuelle Rückgabe an Deutschland zu verhindern. Das Tempo dieses Prozesses forcierte er noch mehr, als ihm klar wurde, daß die alliierte Koalition nicht mehr lange halten würde.

Gomułkas Programm beinhaltete u. a. die rasche und entschiedene Aussiedlung aller Deutschen, die Konfiskation ihres Besitzes und die Gewährleistung von Wohnraum für die neu angesiedelten Polen aus dem Osten²⁸. Er war – anders als die Politiker der ČSR – nicht bereit, einem zeitweiligen Verbleib von Arbeitskräften zuzustimmen²⁹. Dabei erklärte er, man wolle diese Aktion der Potsdamer Übereinkunft entsprechend geordnet durchführen³⁰. Die Realität sah oft anders aus.

Den Erwerb dieser Gebiete versuchte man mit verschiedenen Motiven zu erklären, wobei die Argumentation zumeist von dem politischen Hintergedanken abhing, den man verfolgte. Neben den zentralen Aspekt der nationalen Sicherheit, d. h. dem besseren Schutz vor einem deutschen Angriff und der Liquidierung des Einflusses der preußischen Junker und Großgrundbesitzer,

25) Siehe dazu jetzt W. Borodziej: *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947* [Von Potsdam nach Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945–1947], Londyn 1990, S. 314–320.

26) Rede in Warschau vom 30. 4. 1946 (W. G., *O probl. niem.* [wie Anm. 3], S. 90).

27) Zu Gomułkas Wirken in dieser Funktion vgl. W. Lechowicz: *Minister Ziem Odzyskanych* [Minister für die wiedergewonnenen Gebiete], in: *Władysław Gomułka we wspomnieniach* [W. G. in Erinnerungen], Lublin 1989, S. 144–160.

28) Vgl. V. Kellermann: *Brücken nach Polen*, Stuttgart 1973, S. 50f.

29) Nach Cieselski, *Myśl* (wie Anm. 13), S. 149.

30) Rede in Warschau vom 31. 12. 1945: „Wir wollen den Deutschen gegenüber nicht solche Methoden anwenden, wie sie uns gegenüber in der Besatzungszeit angewandt wurden ... Solche Methoden sind Psyche und Geist der Slawen fremd“. (W. G., *O probl. niem.* [wie Anm. 3], S. 88). – Diese „Entdeutschung“ (*odniemczenie*) begründete Gomułka u. a. mit der Rolle der deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit (ebenda).

traten auch wirtschaftlich-demographische Argumente (schnellerer Wiederaufbau, Ansiedlung von Polen aus dem Osten, günstige Industriestruktur) sowie historische Ansätze. Letztere nahmen in den offiziellen Reden zumeist die erste Stelle ein, da sie dem polnischen Geschichtsbild der Nationaldemokraten sehr ähnlich und damit populär waren. Die klassischen Topoi nicht nur in Gomułkas Reden waren „Wiedereingliederung der durch die Kreuzritter entrissenen Gebiete“ (5. 8. 1945), „Rückkehr in die uralten polnischen Gebiete“ (8. 9. 1946) etc. Man vermittelte somit ein mittelalterliches Geschichtsbild, um die Volksmassen für die eigene Politik zu gewinnen³¹. Dieses Wandeln „auf den Spuren der Piasten“ (*na piastowskim szlaku*) und die manchmal öffentlich zugegebene Kompensationsfunktion der West- für die verlorenen Ostgebiete konnte sich auch deshalb auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen, weil eine Diskussion über die Ostgrenze nicht möglich war. Vereinzelt betrachtete man die „wiedergewonnenen Gebiete“ auch als eine Art Kriegsbeute, mit der man seine Forderungen erfüllen konnte³². Die Überzeugung, daß die Westmächte dabei behilflich sein würden, hielt sich in Parteikreisen teilweise noch bis in das Jahr 1947 hinein. Gomułka dagegen war einer der ersten, der enge Beziehungen zum Westen in Frage stellte. Vor allem in der Stuttgarter Rede von US-Außenminister Byrnes am 6. 9. 1946 sah er eine Annäherung der Westalliierten an Deutschland, die nicht zu tolerieren sei³³. Die Aussagen von Byrnes, die hinsichtlich Polens zum Ziel hatten, die Kommunisten zur Abhaltung freier Wahlen zu drängen, stießen in der breiten polnischen Öffentlichkeit auf Mißfallen. Besonders die Möglichkeit einer Grenzrevision zugunsten Deutschlands führte dazu, daß Polen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zur Vorbedingung normaler diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten machte³⁴. Zudem begann man die USA und Großbritannien dafür verantwortlich zu machen, daß Polen erneut von Deutschland aus bedroht werden könne³⁵.

Gleichzeitig konnte die Führung im sich verschärfenden innenpolitischen Kampf die allgemeine Angst vor Deutschland auszunutzen versuchen. Besonders deutlich wird dies im Vorfeld des Referendums vom 30. 6. 1946 und der

31) Die Ansätze zu einem neuen marxistischen Geschichtsbild blieben dagegen zumeist nur Makulatur.

32) Eine Zusammenstellung der Motive bei A. Skowroński: *Polska a problem Niemiec 1945–1965* [Polen und das Deutschlandproblem 1945–1965], Warszawa 1967, S. 15–19.

33) Byrnes stellte einen Plan vor, der u. a. die Demilitarisierung Deutschlands, den Abschluß eines Friedensabkommens und die Schaffung eines föderalen Bundesstaates beinhaltete. Hinsichtlich Polens erklärte er, daß die USA die Grenze an der Oder und Neiße als nicht endgültig betrachteten und etwaige polnische Ansprüche auf einer Friedenskonferenz nicht unterstützen würden. Siehe dazu Gomułkas Rede vom 8. 9. 1946 (*W. G., O probl. niem.* [wie Anm. 3], S. 101).

34) Vgl. H.-G. Lehmann: *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 84f.

35) Rede Gomułkas in Warschau vom 9. 11. 1946 (*W. G., O probl. niem.* [wie Anm. 3], S. 112).

Sejmwahlen vom 19. 1. 1947, als die Kommunisten massive Angriffe auf die Bauernpartei (PSL) starteten, um diese zu diskreditieren. So bezeichnete Gomułka deren Vorsitzenden Mikołajczyk als polnischen „Führer“, der sich der Unterstützung aller erfreue, die die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellen³⁶. Dies entsprach der Konzeption, eine Volksfront unter kommunistischer Führung zu schaffen, die sich vor allem auf den Deutschenhaß stützen sollte, da man wußte, wie wenig populär das enge Bündnis mit der Sowjetunion im Lande war³⁷.

Die „Sicht des Siegers“ (Georg W. Strobel) führte zudem zum polnischen Wunsch, die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands mitzubestimmen. Die wirtschaftlichen Überlegungen reichten dabei bis in die Kriegszeit zurück. Sie waren von der Überzeugung geprägt, daß die ökonomische Position Deutschlands die Grundlage für die militärische sei. Gomułka verlangte die Liquidierung des gesamten Industriepotentials oder zumindest der Kriegsindustrie bzw. ihrer Materialgrundlage³⁸. Gleichzeitig rief er im Inneren zu verstärkten wirtschaftlichen Anstrengungen auf, da der europäische Frieden um so sicherer sei, je kleiner der Unterschied zwischen Polen und Deutschland sei³⁹. An wirtschaftlichen Reparationsleistungen Deutschlands war die polnische Führung im Gegensatz zur Sowjetunion nicht übermäßig interessiert, da man dadurch die deutsche Wirtschaft verstärkt angekurbelt hätte; zudem hatte man ja einen Teil der alten deutschen Ostgebiete erhalten⁴⁰. Von wesentlich größerer Bedeutung war die polnische Forderung, Deutschland dürfe nicht schneller wiederaufgebaut werden als die von ihm im Krieg zerstörten Länder. Akut wurde diese Problematik dann im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan⁴¹. Polen hatte die Teilnahme daran im Juli 1947 vermutlich auf Druck der Sowjetunion hin ablehnen müssen⁴².

36) Rede in Sosnowitz/Sosnowiec vom 16. 12. 1946, zit. nach W. Roszkowski: *Historia Polski 1914–1990* [Geschichte Polens 1914–1990], Warszawa 1991, S. 167.

37) Gomułka am 25. 2. 1945 in Warschau (W. G., Art. i przem. I, [wie Anm. 6], S. 211). Siehe a. G. Strobel: *Deutschland – Polen. Wunsch und Wirklichkeit*, Bonn 1969, S. 13. Diese Haltung der PPR setzte sich nach einigen Meinungsverschiedenheiten allmählich durch; vgl. S. Cieselski: *Niemcy w myśli politycznej Polskiej Partii Socjalistycznej w latach 1945–1948* [Deutschland im politischen Denken der Polnischen Sozialistischen Partei in den Jahren 1945–1948], in: *Dzieje najnowsze* 13 (1981), H. 3, S. 173–190.

38) Reden in Warschau vom 3. 4. 1945 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 38) und vom 27. 5. 1945 (W. G., Art. i przem. I [wie Anm. 6], S. 262).

39) So in einem Artikel in „*Myśl współczesna*“ vom Januar 1947 (W. G., Art. i przem. II [wie Anm. 24], S. 272).

40) Nach Vierheller (wie Anm. 7), S. 144f.

41) Ebenda, S. 146.

42) Angeblich drohte Stalin damit, bei einer polnischen Zustimmung Niederschlesien zwischen westlicher und östlicher Neiße der SBZ zuzuschlagen. So jedenfalls Lehmann (wie Anm. 34), S. 125, der sich auf eine Notiz aus dem Nachlaß des CDU-Politikers Jakob Kaiser über ein Gespräch des britischen Diplomaten Mayhew mit dem polnischen Wirtschaftsexperten Lange beruft.

Die Attacken auf die Westmächte wurden dann im Herbst des gleichen Jahres spürbar schärfer. Vor allem England wurde von Gomułka kritisiert. So sagte er in einer Rede in Stettin/Szczecin: „Der angelsächsische Einsatz für Deutschland als Zentrum der europäischen Wirtschaft und der Wiederaufbau des deutschen Imperialismus ist das Schmieden des deutschen Schwertes auf den Köpfen der slawischen Völker und in erster Linie auf denen der Polen.“⁴³ Gleichzeitig stachelte er das eigene Volk zum energischen Einsatz an, weil man das Wettrennen mit Deutschland nicht verlieren dürfe⁴⁴.

Die Klarheit dieser Aussagen wurde nach 1947 nicht mehr erreicht, statt dessen machte sich der verschärfte Kalte Krieg deutlicher bemerkbar. Die wirtschaftlichen Fragen wurden nun in den gesamtpolitischen Kontext eingebettet, indem man zwischen den beiden Teilen Deutschlands mit den sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Unterschieden zu differenzieren begann. Nach Kriegsende, als das Motiv der Schwächung dominant war, war man nicht geneigt, verschiedene deutsche Positionen zur Kenntnis zu nehmen. Prägnant brachte das Gomułka zum Ausdruck, als er am 16. 10. 1946 formulierte: „[Dem Pferd Deutschland] müssen alle vier Beine gebrochen werden, [denn] es ist unwichtig, ob auf diesem Pferd ein Nazi oder ein Sozialdemokrat reiten [wird]. Wichtig ist allein der Tatbestand, daß auf ihm Deutsche reiten wollen.“⁴⁵ Diese Verallgemeinerungen wurden ihm dadurch erleichtert, daß es in allen politischen Parteien Deutschlands Widerstand gegen die Grenze an Oder und Neiße gab, auch in der SED⁴⁶. Dies änderte sich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947, als der Druck Stalins die deutschen Kommunisten zum Nachgeben zwang⁴⁷.

Das antideutsche Feindbild im Nachkriegspolen war zunächst parteiübergreifend, die Argumente waren ähnlich. Die Unterscheidung zwischen dem „bösen“ Westen und dem „guten“ Osten dagegen wurde bald zum ideologischen Kennzeichen der polnischen Kommunisten mit Gomułka an der Spitze.

43) Rede vom 7. 9. 1947 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 120).

44) Ebenda.

45) Siehe „Głos Ludu“ v. 17. 10. 1946.

46) Siehe zu letzterem u. a. F. Bontschek (i. e. F. Sikora): Die Volksrepublik Polen und die DDR. Ihre Beziehungen und ihre Probleme, Köln 1975, S. 6–9 sowie G. Strobele: Nationalitätenprobleme in Ostmitteleuropa, Räte-Großdeutschland und Grenzfragen als Mittel kommunistischer Revolutionsstrategie, in: Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung, hrsg. von H. Hecker und S. Spieler, Bonn 1991, S. 113–173.

47) Das polnische Mißtrauen blieb jedoch weiterhin bestehen. So gehörte zu den Gründen, daß sich Gomułka bei Stalin unbeliebt machte, auch seine Forderung, die neue polnische Westgrenze von der UdSSR schriftlich bestätigt zu erhalten. Diesen Wunsch quittierte der spätere Staatspräsident Zawadzki mit der Bemerkung: „Wie kann man einem Stück Papier glauben, und nicht an Stalins Wort!“ (nach dem Bericht von M. Jaworski, in: Dyskusja redakcyjna poświęcona życiu i działalności politycznej Władysława Gomułki ... 6 grudnia 1982 r. [Redaktionsdiskussion, gewidmet dem Leben und der politischen Tätigkeit W. G.'s ... am 6. Dezember 1982], in: Z pola walki 102 (1983), S. 49–104, hier S. 102.

Die Polemik richtete sich zwar scheinbar schon immer gegen das ganze deutsche Volk, so etwa, wenn Gomułka einerseits erklärte, daß Haß- und Vergeltungsgefühle der Polen nicht mehr vorhanden seien, andererseits aber warnte, das deutsche Volk sei immer noch das Volk der Haushofer⁴⁸. Die Zukunftsmodelle, die er entwickelte, stellten nun aber zunehmend die positiven Errungenschaften der SBZ den Tendenzen des Imperialismus in der Bi- bzw. Trizone gegenüber⁴⁹.

In diesem Zusammenhang muß auch die Einstellung zur zukünftigen staatlichen Gestalt Deutschlands gesehen werden. Die Diskussion darüber war bis Frühjahr 1947 noch nicht besonders lebhaft. Man wollte sich polnischerseits in dieser Frage nicht exponieren, bevor sich nicht die Sowjetunion endgültig festgelegt hatte. So verblieb man in allgemeinen Formulierungen, forderte Schutz vor einer deutschen Aggression und einem Anwachsen des Industriepotentials. Damit verbunden wehrte man sich gegen eine zu schnelle staatliche Entwicklung Deutschlands. Vor allem Gomułka war mißtrauisch gegenüber deutschen Bekenntnissen zur Demokratie, die er weitgehend auf die Angst zurückführte, sich offen zu nationalsozialistischem Gedankengut zu bekennen⁵⁰. Klarer wurde die Haltung dann nach der gescheiterten Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1947. Von nun an vertrat Polen den Standpunkt, ein zentralisiertes, einiges Deutschland sei einem föderativen, geteilten vorzuziehen⁵¹. Unter ersterem verstand es natürlich ein entmilitarisiertes und kontrolliertes Land. Ein geteiltes Deutschland wäre dagegen immer auf Revanche aus, wobei der Westen vom „amerikanischen Monopolkapital“ besessen wäre, das eine neue Aggression heranzüchte⁵². Die sowjetische Regierung hatte diese Linie zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend verlassen. Das polnische Einschwenken erfolgte, nachdem das Mißtrauen in der Grenzfrage weitgehend geschwunden war, im Jahre 1949, als Gomułka in der polnischen Politik schon keine Rolle mehr spielte.

48) Rede in Breslau vom 18. 1. 1947 (W. G., Art. i przem. II [wie Anm. 24], S. 357. – Karl Haushofer (1869–1946) und sein Sohn Albrecht (1903–1945) waren die Begründer der wissenschaftlichen Geopolitik, der Lehre der Abhängigkeit des Staates und politischer Vorgänge insgesamt vom geographischen Raum. Diese Ideen wurden von den Nationalsozialisten, u. a. in ihren Zukunftsvorstellungen für Osteuropa, aufgegriffen.

49) Besonders deutlich wird dies in seiner letzten großen Rede vor der Entmachtung am 11. 4. 1948 in Waldenburg/Wałbrzych (ebenda, S. 547f.). – Zur generellen Funktion polnischer Politik dieser Zeit vgl. C. Kleßmann: Der Kalte Krieg als Determinante der polnischen Innen- und Außenpolitik, in: Der Marshall-Plan und die europäische Linke, hrsg. von O. N. Haberl und L. Niehammer, Frankfurt/Main 1986, S. 287–312.

50) Rede vom 9. 11. 1946 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 110). S. a. Stolarczyk (wie Anm. 16), S. 70–76.

51) Vgl. auch die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz vom 18. 2. 1948, an der die ČSR, Jugoslawien und Polen teilnahmen; Text in: Dokumentation der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von J. Maass, Bonn 1960, S. 22.

52) Gomułka in Waldenburg (s. Anm. 49).

Die Popularisierung der Deutschlandpolitik erfolgte auch hier – wie schon in der Grenzfrage – vor allem über die Verknüpfung mit der Geschichte. Hierbei verband man die klassischen polnischen Traumata gegenüber Deutschland mit den noch frischen Erfahrungen aus der Besatzungszeit. Charakteristisch dafür war die Aussage Gomulkas, man könne das deutsche Problem nur vom Standpunkt der Krematoriumsöfen sehen, die für Polen das Symbol Deutschlands seien⁵³. Das Zurückgreifen auf den angeblich ewigen deutsch-polnischen Gegensatz seit dem Mittelalter blieb auf seiten der Kommunisten vor allem ein taktisches Element, das den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trug. Besonders häufig rekurrierten sie dabei auf den Kampf gegen den „ewigen deutschen Drang nach Osten“ in Form von Siedlern und Militärs. Mindestens genauso beliebt waren die Angriffe auf Preußen, dessen Auflösung man massiv mitbetrieb.

Bei all dem darf man aber nicht übersehen, daß noch eine andere – wenngleich nicht so dominante – Kritikstrategie existierte, die des Kampfes gegen die Erscheinungsformen des „Faschismus“ in Deutschland. Gomulkas Versuche, mit seiner Politik einen gewissen innenpolitischen Spielraum zu bewahren, trafen auf den Widerstand der sowjetischen Führung. Konnte er hier noch einige Ideen durchsetzen, so war er in der Außenpolitik auf Gedeih und Verderb der Politik Stalins ausgeliefert. Am Ende dieser Zeit gingen somit auch gegenüber Deutschland keinerlei Initiativen mehr von Gomulka aus, weder gegenüber der Trizone noch gegenüber der SBZ.

Am Ende der ersten Phase von Gomulkas Herrschaft war der innenpolitische Pluralismus in Polen weitgehend Vergangenheit. Die kurz nach seiner Entmachtung durch Vereinigung von PPR und der Polska Partia Socjalistyczna (PPS) entandene „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza/PZPR) monopolisierte auch die Einstellung zu Deutschland und ging unter dem neuen Parteichef Bierut streng auf Stalinkurs.

2. Gomulka und die Bundesrepublik Deutschland (1956–1970)

a) Nach dem polnischen Oktober

Ausgelöst durch den überraschenden Tod des Parteichefs Bolesław Bierut in Moskau am 12. 3. 1956 kam es in der Führungsspitze der PZPR zu einem heftigen Machtkampf. Der Kompromißkandidat Edward Ochab konnte die Spannungen, die sich im Lande abzeichneten, nicht beseitigen. Der Gruppe der Reformer gelang es im Oktober desselben Jahres, einen Putschversuch der Alt-Stalinsten zu verhindern und die Zustimmung der Führung der KPdSU zur erneuten Wahl Gomulkas zum Parteichef zu erlangen. Dieser wurde auf einer Großkundgebung in Warschau von der Bevölkerung begeistert

53) Ebenda.

gefeiert, als er umfassende Reformen in Aussicht stellte, vor allem in Industrie und Landwirtschaft (Aufgabe der Kollektivierungsabsichten), aber auch auf der Verwaltungsebene⁵⁴. Demgegenüber standen außenpolitische Fragen mehr im Hintergrund, obwohl sie sicher zu diesem Zeitpunkt mindestens genauso wichtig waren, zumal sich die revolutionären Ereignisse in Ungarn zugespitzt hatten. Die Hoffnungen, die sich diesbezüglich auf Gomułka richteten, waren verfehlt. Schon in der erwähnten Rede ließ er keinen Zweifel daran, daß sich der außenpolitische Kurs nicht ändern werde. Und hier war es wieder der deutsche Faktor, der ins Spiel gebracht wurde. Gomułka verteidigte die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf polnischem Boden mit dem Verbleib der Roten Armee in der DDR und der damit zusammenhängenden Bedrohung aus dem Westen: „Solange es in Westdeutschland NATO-Stützpunkte gibt, solange dort eine neue Wehrmacht aufgerüstet wird, die mit ihrem Chauvinismus und Revanchismus gegen unsere Grenzen opponiert, liegt es im größten Interesse unseres Staates, daß die sowjetische Armee in Deutschland steht.“⁵⁵

Die Bundesregierung hoffte auf weitere Schritte in Warschau. Dies drückte auch die vielbeachtete Regierungserklärung Adenauers aus, in der er am 8. 11. 1956 die Bereitschaft bekundete, mit einem „freien Polen“ zu verhandeln⁵⁶. Die Erwartungen waren trotz der erwähnten Angriffe Gomułkas scheinbar nicht völlig unbegründet, denn eine Woche nach der Adenauer-Rede sandte die Warschauer DDR-Botschaft eine dringende Mitteilung an das Ost-Berliner ZK der SED. Darin hieß es u. a.: „Obwohl sich an den offiziellen Beziehungen zwischen der VRP [Volksrepublik Polen] und Westdeutschland bisher nichts geändert hat, gibt es doch genügend Anzeichen dafür, daß in beiden Staaten Kräfte am Werk sind, um die Beziehungen soweit wie möglich normal zu gestalten.“⁵⁷ In Polen werde zur Zeit die Gefahr des westdeutschen Militarismus unterschätzt und der dortige Staat in der Berichterstattung zunehmend positiver gesehen. Weiter hieß es dann resümierend: „Nach Lage der Dinge kann man diese Pressekampagne nur als eine Vorbereitung dafür betrachten, daß die polnischen Freunde die Absicht haben, offizielle Beziehungen zu Westdeutschland möglichst bald aufzunehmen.“⁵⁸

54) Rede in Warschau vom 24. 10. 1956. Zu den Veränderungen im Wirtschafts- und Agrarbereich s. jetzt auch die Beiträge von W. Quaisser: Das Ende der Kollektivierung in Polen im Jahre 1956 und die Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft, und von K. von Delhaes: Polnische Wirtschaftsreformen außerhalb der Landwirtschaft, in: Zwischen „Taufwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, hrsg. von H. Lemberg, Marburg/Lahn 1993, S. 41–52 bzw. 53–66.

55) Rede in Warschau vom 24. 10. 1956.

56) Nach „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ (DokDtl.), Reihe III, Bd. 2,2, Frankfurt/Main 1963, S. 875.

57) Mitteilung der DDR-Botschaft in Warschau an das ZK der SED, Abt. Außenpolitik, vom 16. 11. 1956 (Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv [weiterhin zit.: IfGA, ZPA], IV 2/20/157, Nr. 1844).

58) Ebenda.

Gomułka erneuerte das polnische Angebot von 1955 zur Regulierung der gegenseitigen Beziehungen in einer Wahlkampfreden am 14. 1. 1957, kritisierte dabei gleichzeitig aber die „Remilitarisierung der Deutschen Bundesrepublik, der deutschen Revisionisten und Revanchisten“ und erklärte, daß Polen keine Eile habe und warten könne⁵⁹. Die Tatsache, daß es sich um eine Wahlkampfreden handelte, ist nicht ohne Bedeutung, weil hier erneut die Verknüpfung zwischen innen- und außenpolitischen Motiven der Politik Gomułkas deutlich wird. Die zurückhaltende Reaktion der Bonner Regierung auf den Machtwechsel in Warschau ermöglichte es dem Parteichef, das „deutsche Problem“ auch nach seiner „zweiten Wende zur Macht“ (Ptasiński) zur Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft zu benutzen, die auch die nationalen Wünsche der meisten Polen abdecken wollte.

Die weiterhin schwierige innenpolitische Lage verhinderte eine klare außenpolitische Linie. Das IX. Plenum des ZK der PZPR brachte nur Kompromisse in Personal- und Sachfragen, wobei die Tendenz eher in Richtung Dogmatiker ging⁶⁰. Es ist nur allzu verständlich, daß hinsichtlich Deutschlands – der zentralen außenpolitischen Problematik – die Entwicklung in eine ähnliche Richtung ging. Erste Anzeichen dafür waren verstärkte Andeutungen bezüglich einer Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Grenze⁶¹.

Gomułka behielt bis in den Sommer seine Doppelstrategie bei. In einer propagandistisch gut vorbereiteten Rede vor Arbeitern der Posener Cegielski-Werke erneuerte er am 5. 6. 1957 seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik und stellte die „Feindpropaganda“ zurück⁶²; damit stieß er jedoch in Bonn auf wenig Gegenliebe. Im Februar hatte Adenauer erklärt, daß man in Hinblick auf diplomatische Beziehungen zu den Staaten Osteuropas sehr vorsichtig sein müsse, um die Sowjetunion nicht zu reizen⁶³. Eine weitere Verschärfung der Situation ergab sich im Herbst 1957, als die Bundesrepublik zum ersten Mal die sog. Hallstein-Doktrin anwandte und damit den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch unterstrich. In diese Krise, die sich aus der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und den daraufhin erfolgenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Bonn ergab, war

59) Rede in Warschau vom 14. 1. 1957 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 125). Die Feststellung, daß der Zeitfaktor für Polen spiele, erwies sich im nachhinein als zutreffend.

60) Offenkundiges Symbol dafür war die Schließung der Zeitschrift „Po Prostu“, des führenden Blattes der Reformier, im Oktober 1957.

61) Vgl. Rede des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in Delhi vom 26. 3. 1957 (nach DokDtl. III, 3.1. Frankfurt/Main 1967, S. 525–528). Zu den Schwierigkeiten Gomułkas s. a. ein Schreiben des deutschen Botschafters in Washington, von Kessel, an das Auswärtige Amt vom 2. 10. 1957 über ein Gespräch mit einem jugoslawischen Diplomaten (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [Pol.Arch. AA], Abt. 7, Bd. 589, ohne Nr.).

62) Nach Maass (wie Anm. 51), S. 139/140.

63) Vgl. Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, 7. 2. 1957, S. 1183, zit. nach: H.-P. Schwarz: Adenauer – Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 378.

auch Polen miteinbezogen. Den Anlaß für die entsprechende Erklärung Titos lieferte der Staatsbesuch Gomułkas in Jugoslawien. Dieser begrüßte den Entschluß seiner Gastgeber ausdrücklich und zeigte sich gegenüber einer Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik sehr skeptisch. Gleiches gelte für eine mögliche Überwindung der Spaltung Deutschlands. Grund dafür sei die Politik Adenauers besonders im militärischen Bereich, die, wie das Ergebnis der Bundestagswahlen gezeigt habe, von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werde⁶⁴. Diese Rede trug natürlich nicht dazu bei, daß die Bundesregierung von ihrer Position abwich. Sie sah Polens Politik wieder stärker im Banne Moskaus. Darauf schien auch die zunehmende Akzentverlagerung der polnischen Vorwürfe hinzudeuten. In den Mittelpunkt rückte nun die bevorstehende Schaffung multilateraler Atomstreitkräfte der NATO, die mit einer deutschen Atombewaffnung gleichgesetzt wurde. Deshalb kam es für den Westen überraschend, daß Polens Außenminister Adam Rapacki Anfang Oktober vor der UNO eine Abrüstungsinitiative vorstellte⁶⁵.

Der Plan griff Ideen auf, die schon Anfang 1957 im polnischen Außenministerium diskutiert worden waren⁶⁶. Nicht nur deswegen war es unzutreffend, daß viele im Westen die eigentlichen Urheber in Moskau vermuteten⁶⁷. Eine sowjetische Kontrolle über die Außenpolitik der Verbündeten war bis in den Sommer 1958 nur bedingt gegeben, da die Machtkämpfe im Kreml andauerten⁶⁸. Als ungünstig erwies sich allerdings der Zeitpunkt der Veröffentlichung. Zu der Jugoslawien-Krise kam noch der Schock, den der Start des ersten sowjetischen Satelliten „Sputnik“ zwei Tage nach Bekanntgabe des Rapacki-Plans im Westen auslöste.

Während die westdeutsche Öffentlichkeit durchaus positiv auf die Vorschläge reagierte, kam von seiten der Bundesregierung bald Ablehnung, die man Polen in einer Note am 24. 2. 1958 offiziell mitteilte⁶⁹. Die Gesprächsbereit-

64) Rede in der Autofabrik von Zeran vom 21. 9. 1957 (nach Maass [wie Anm. 51], S. 154f.).

65) Die erste Fassung dieses nach ihm benannten Planes sah die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone vor, die Westdeutschland, die DDR, Polen und die ČSSR umfassen sollte. Zu den Einzelheiten s. resümierend: A. Albrecht: Der Rapacki-Plan. Neue Aspekte, Warschau 1964.

66) Vgl. H. Stehle: Nachbar Polen, Frankfurt/Main 1968, S. 297–299 bzw. ders.: Erschreckend unrealistisch. 30 Jahre Rapacki-Plan, in: DIE ZEIT v. 4. 12. 1987.

67) So auch Adenauer zu Macmillan am 18. 4. 1958 (zit. nach Schwarz [wie Anm. 63], S. 382). Sozialdemokraten und Liberale im Bundestag waren zuversichtlicher. Sie empfahlen am 23. 1. 1958, diplomatische Beziehungen zu Polen aufzunehmen.

68) 1957 hatte Chruščev seine Gegner Malenkov und Molotov im ZK durch Brežnev und Kossygin ersetzt, seinen Hauptrivalen Nikolai Bulganin konnte er aber erst im März 1958 stürzen.

69) Text ebenso wie der des vorausgehenden Aide-mémoire der polnischen Regierung, in: Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen. Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, hrsg. von H.-A. Jacobsen u. a., Frankfurt/Main 1979, S. 410 bzw. S. 407–409.

schaft Polens blieb jedoch zunächst bestehen. Auf verschiedenen Ebenen bot man weiterhin eine Normalisierung der Beziehungen an⁷⁰. Das gegenseitige Interesse daran ging aber allmählich zurück. Die Kritik an der westdeutschen Politik wurde wieder heftiger, erstmals tauchte explizit der Zusammenhang mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Forderung auf⁷¹. Gomułka selbst ging verstärkt in die Offensive und erteilte dabei auch einer schnellen Wiedervereinigung Deutschlands eine klare Absage⁷².

Für 1958 läßt sich zunächst keine klare Linie der polnischen Deutschlandpolitik erkennen. Die beiden veröffentlichten modifizierten Fassungen des Rapacki-Planes sprachen ebenso für eine Taktik des Abwartens wie verschiedene Hinweise in Wirtschaftsgesprächen. Auch der 1965 in den Westen geflohene Chef der Polnischen Militärmission in Berlin, Oberst Tykociński, erklärte, daß sogar bis 1959 auf seiten Polens die Bereitschaft bestanden habe, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik ohne Vorbedingungen aufzunehmen⁷³. Es gab aber auch entgegengesetzte Anzeichen. So ließ der Presseattaché der genannten Militärmission über einen Mittelsmann dem Auswärtigen Amt signalisieren, daß Polen zum jetzigen Zeitpunkt (Juli 1958) an der Aufnahme solcher Beziehungen nicht so interessiert sei wie ein halbes Jahr zuvor⁷⁴.

Die zunehmende Verhärtung des politischen Kurses Gomułkas seit dieser Zeit muß unter innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten verstanden werden. Im Inneren verschärfte sich der Kampf mit der katholischen Kirche, vor allem in der Rivalität bei den geplanten Millenium-Feiern der Christianisierung Polens. Auf internationaler Ebene trafen die polnischen Abrüstungsvorschläge nicht auf das erhoffte Echo. Innerhalb des Ostblocks unterstützte Gomułka entschieden die Haltungen der Konservativen, was sich am prägnan-

70) Vgl. C. Schmid: *Erinnerungen*, Bern u. a. 1979, S. 631, bzw. A. von Schack: *Grundprobleme der Außenpolitik Polens*, in: *Außenpolitik* 10 (1959), S. 307–313.

71) J. Sułek: *Stanowisko rządu NRF wobec granicy na Odrze i Nysie Łużyckiej 1949–1966* [Die Haltung der Regierung der DBR zur Grenze an Oder und Lausitzer Neiße 1949–1966], Poznań 1969, S. 171. Die polnische Seite hätte allerdings keine juristische Bindewirkung verlangt. Siehe J.-J. Węc: *Die Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland 1949–1987*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11/12 (1988), S. 21–33, hier S. 23.

72) In einem Interview mit der „Times“ sagte er am 15. 2. 1958: „Das Haupthindernis für eine Entspannung ist im Grunde nicht die Frage der Vereinigung Deutschlands. Es wäre kein Unglück, wenn Deutschland noch eine Zeitlang geteilt bleiben würde“ (DokDtl. III. 4, Frankfurt/Main 1968, S. 548f.).

73) Oberst Tykociński: *Das Zeugnis eines polnischen Patrioten*, in: *Osteuropäische Rundschau* 12 (1966), H. 9, S. 3–8, hier S. 6. Von der Bereitschaft Gomułkas, mit führenden westdeutschen Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen, berichtet für 1958 auch E. Weit: *Ostblock intern*, Hamburg 1970, S. 33f.

74) Aufzeichnung über die Mitteilung des Hauptschriftleiters des „SBZ-Archivs“, Berend von Nottbeck, an das Auswärtige Amt vom 9. 7. 1958 (Pol. Arch. AA, Abt. 7, Bd. 589, Nr. 522/58). Weiter heißt es darin: „Natürlich würde Polen das Angebot ... nicht ablehnen. Die Beziehungen würden jedoch kalt und formell sein.“

testen in der Zustimmung zum Todesurteil gegen Imre Nagy ausdrückte, gegen einen Mann also, dessen Ideen 1956 zu Beginn nicht wesentlich von seinen eigenen abgewichen waren⁷⁵. Zum eigentlichen Wendepunkt der offiziellen polnischen Deutschlandpolitik wurde dann der Besuch Gomułkas in der Sowjetunion Ende Oktober–Anfang November 1958.

b) Als treuer Vasall Moskaus

Die sowjetische Parteispitze verstärkte ihre Propagandakampagne gegen den Westen aus einer vermeintlichen Position der militärischen Stärke heraus; dabei baute sie auf die Unterstützung ihrer Verbündeten. Ein Entgegenkommen Gomułkas war hierbei erforderlich, das ihm wohl durch die sowjetische Zusage erleichtert wurde, ihn innenpolitisch zu stützen und seine innerparteilichen Rivalen der Natolin-Gruppe auf dem bevorstehenden Parteikongreß (März 1959) zurückzuhalten⁷⁶. In den öffentlichen Reden bot sich somit das zunächst etwas ungewöhnliche Schauspiel, daß die scharfen Attacken, besonders gegen die Bundesrepublik Deutschland, von polnischen und nicht von sowjetischen Spitzenpolitikern kamen⁷⁷.

Den polnischen Absichten konnte diese Entwicklung nur wenig entsprechen, trat die Parteiführung in den Jahren zuvor doch verstärkt als Hüterin des Friedens in der Welt auf⁷⁸. Eine Möglichkeit der Gegenwehr bestand für Gomułka jedoch nicht, wollte er nicht als Rebell „à la Tito“ erscheinen⁷⁹. Für ihn kam es also darauf an, das Einschwenken auf die Moskauer Linie innenpolitisch verständlich zu machen; dazu bot sich wieder einmal die Frage der Oder-Neiße-Grenze an⁸⁰. Zu einer Schlüsselrede wurde Gomułkas Auftritt auf einer sogenannten „Kundgebung zur polnisch-sowjetischen Freundschaft“ im Moskauer Sportpalast am 10. 11. 1958, jener Versammlung, bei der Chruščev

75) So in einer Rede in der Danziger Lenin-Werft am 28. 6. 1958, zit. nach Roszkowski (wie Anm. 36), S. 247.

76) Vgl. Bericht der deutschen Botschaft in den USA über die Washingtoner Bewertung der Sowjetunion-Reise Gomułkas vom 20. 11. 1958 (Pol.Arch. AA, Abt. 7, Bd. 641a, Nr. 1095/58).

77) Zur deutschen Bewertung vgl. die Berichte der Moskauer Botschaft (Knoke) an das Bonner Auswärtige Amt vom 27. 10., 28. 10. und 1. 11. 1958 (Pol.Arch. AA, Abt. 7, Bd. 641a, Nr. 955/58, 963/58 und 975/58). 78.

78) Die Selbstüberschätzung Polens in der internationalen Politik wurde von einem Vertreter der Emigration prägnant als „polnischer Heliozentrismus“ bezeichnet; s. W. A. Zbyszewski: *Polityka zagraniczna Adenauera* [Adenauers Außenpolitik], in: *Wiadomości* (London) v. 23. 11. 1958, S. 2.

79) Siehe einen vertraulichen Bericht des Informationsdienstes von Radio Freies Europa, Nr. 5900/58 (23. 12. 1958) (Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg, Pressearchiv [JGH-I, PA], P 410).

80) Bericht der deutschen Botschaft in Stockholm über ein anonymes Exposé vom 18. 11. 1958 (Pol.Arch. AA, Abt. 7, Bd. 641a, Nr. 1090/58). Im Detail s. Gomułkas Rede in Kiev vom 31. 10. 1958 (vgl. „*Życie Warszawy*“ v. 1. 11. 1958) und in Leningrad vom 4. 11. 1958 (vgl. „*Życie Warszawy*“ v. 5. 11. 1958).

neue sowjetische Schritte in der Berlin-Frage ankündigte⁸¹. Gomułka warf der Bundesregierung vor, aggressive Absichten gegen die DDR und Polen zu hegen; sie setze die Tradition der militaristischen und hitleristischen Außenpolitik fort und erweitere sie durch das offene Streben nach Atomwaffen für die mit ehemaligen Wehrmachtsoffizieren durchgesetzte Bundeswehr⁸².

Auch nach der Rückkehr nach Polen forcierte Gomułka seine Angriffe. Er zog Parallelen zur jüngsten Vergangenheit und geißelte den wiedererstarkten deutschen Militarismus und Imperialismus der „Erben Hindenburgs und Hitlers“⁸³. Es war offenkundig, daß er nicht bereit war, eine gewisse Eigenständigkeit der polnischen Westpolitik beizubehalten, solange die Sowjetunion eine andere Generallinie verfolgte. Zudem beließ er es nicht bei einer Gleichsetzung nationalsozialistischer Herrschaft mit der Politik der Adenauer-Regierung. Etwa parallel zu der erwähnten inhaltlichen Einschränkung seiner Gesprächsbereitschaft mit Westdeutschland erfolgte auch die Verschärfung des propagandistischen Kampfes⁸⁴. In der Vorbereitungsphase der Millenniumsfeiern griff die PZPR-Führung auf die tradierten nationalen Stereotypen zurück, um in der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche ihren intellektuellen Führungsanspruch durchzusetzen. Dieser ließ sich natürlich besonders hinsichtlich des „deutschen Faktors“ unter Beweis stellen⁸⁵. Das neue offizielle marxistisch-leninistische Geschichtsbild hatte sich als wenig erfolgreich erwiesen, so daß der Rückgriff auf die populären Schlagwörter der großen Historienromane vom Ende des 19. Jahrhunderts nahelag. Diese wurden mit den aktuellen politischen Zielsetzungen verbunden; zugespitzt gesagt, wurde der „Kalte Krieg“, vor allem zu Beginn der sechziger Jahre, mit einer Mischung aus historisierenden Parolen mit großer Symbolkraft und marxistisch-leninistischem Vokabular geführt. Diese Wiedereinführung der klassischen Stereotypen in die Alltagspolitik geschah natürlich nicht von einem Tag auf den anderen. In Gomułkas Reden erschien ein erster Hinweis im Juli 1959. Er griff

81) Nach Maass (wie Anm. 51), S. 205–207, bzw. W. G., O probl. niem. (wie Anm. 3), S. 131–137.

82) Ebenda.

83) „Wenn man die provokatorischen Reden hört, die sie (die Hitlergeneräle; d. V.) heute in der westdeutschen Bundesrepublik halten, dann kann man den Eindruck haben, daß die Zeit zwanzig Jahre zurückgegangen ist“, so nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion in Warschau am 12. 11. 1958 (ebenda, S. 208f.). Vgl. auch seinen Rechenschaftsbericht vor dem ZK am 10. 3. 1959 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 153–168, und Maass [wie Anm. 51], S. 221–226) und den Toast zur Begrüßung Chruščëvs in Warschau am 14. 7. 1959 (vgl. „Trybuna Ludu“ v. 15. 7. 1959).

84) Auch die internen Angebote polnischer Diplomaten zu Verhandlungen wurden seltener. Der deutsche Botschafter in Moskau erfuhr von seinem französischen Kollegen, daß sich dessen polnische Gesprächspartner der deutschen Frage gegenüber wesentlich unzugänglicher zeigten und verstärkt Vorbedingungen stellten (vgl. Pol. Arch. AA, Abt. 7, Bd. 589b, Nr. 853/59 v. 28. 9. 1959).

85) Vgl. den zwar kurzen, aber sehr informativen Aufsatz von G. Rhode: Gomułka und die Geschichte Polens, in: Außenpolitik 11 (1960), S. 506–515.

dabei auf einen Vorgang aus dem März 1958 (!) zurück, als Bundeskanzler Adenauer als Ehrenritter in den Deutschen Orden aufgenommen worden war und sich bei dieser Gelegenheit im weißen Mantel mit dem schwarzen Kreuz hatte fotografieren lassen⁸⁶.

Bei der Vorbereitung der Millenniumsfeierlichkeiten bemühte sich die polnische Staats- und Parteiführung, vor allem die Bilder einzusetzen, die den aktuellen Wünschen zu entsprechen schienen. Dabei betonte sie bezüglich der polnischen Westgrenze die Parallelen zwischen der Politik der ersten Piasten und der Gegenwart. Demgegenüber trat die Geschichte des frühneuzeitlichen Polen, vor allem der Aspekt der Gebiete im Osten, deutlich in den Hintergrund⁸⁷. Hinzu kam natürlich der deutsche Faktor in der Geschichte. Neuinterpretationen waren hier nicht erwünscht, die Konstanz des deutschen „Drangs nach Osten“ seit dem Mittelalter galt als erwiesen. Unter Bezugnahme auf antisemitische Schmierereien in der Bundesrepublik zum Jahresende 1959 erklärte Gomułka der Zeitschrift „Foreign Affairs“: „Das Wiederauftauchen des Hakenkreuzes an den Mauern deutscher Städte hat viele Leute im Westen überrascht, aber für uns war es keine Überraschung. Es ist das natürliche Resultat der Politik der Deutschen Bundesrepublik, eine Fortsetzung der jahrhundertealten Tradition der preußischen Eroberer, der ‚Drang nach Osten‘.“⁸⁸

Entscheidende Wegmarken dieser polnischen Taktik waren die Veranstaltungen zum 15. Jahrestag des Kriegsendes und zur 550. Wiederkehr der Schlacht von Tannenberg/Grunwald. Eine Rede in Breslau nutzte Gomułka zur Generalabrechnung mit den (West-)Deutschen. Anhand historischer Zitate suchte er zu beweisen, daß „der Militarismus seit Jahrhunderten die geistige Kost der Deutschen“ sei⁸⁹. Die großen Tannenberg-Feiern standen dann im Zeichen der Unterscheidung zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Gomułka erteilte dem alten Ausspruch eine Absage, daß Deutsche und Polen niemals Brüder sein könnten. Die Angriffe auf den westlichen Teil Deutschlands wurden aber verstärkt: „So wie sich einst die Kreuzritter mit Feuer und Schwert den Weg nach Osten unter der heuchlerischen Parole der Heidenbekehrung zum wahren Glauben bahnten, so impfen heute genauso die Christen als heuchlerische Nachfolger der Bevölkerung der DBR [Deutsche Bundesrepublik] den Geist des Chauvinismus ein und faselnd unaufhörlich von einem neuen Kreuzzug.“⁹⁰ Die Kritik am Verhalten des Bundeskanzlers gipfelte in dem

86) Rede Gomułkas in Kattowitz vom 16. 7. 1959 (vgl. DokDtl. IV, 2, Frankfurt/Main 1971, S. 991f., und Maass [wie Anm. 51], S. 237). Zu den Hintergründen der Aufnahme in den Orden, deren Brisanz Adenauer natürlich bewußt war, vgl. Schwarz (wie Anm. 63), S. 419–421.

87) Rhode, Gomułka (wie Anm. 85), S. 509.

88) In „Foreign Affairs“ vom April 1960 (DokDtl. IV, 4, Frankfurt/Main 1972, S. 654–658).

89) Rede vor der Akademie in Breslau zum 15. Jahrestag der Stadtbefreiung am 7. 5. 1960 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 178).

90) Rede in Tannenberg vom 17. 7. 1960 (ebenda, S. 187).

Satz: „Die Wolfsnatur des deutschen Imperialismus hat sich von den Zeiten Ulrichs von Jungingen bis zu denen Konrad Adenauers nicht geändert.“⁹¹

Schwierig für die Propaganda blieb es jedoch, die Balance zwischen der angeblichen militärischen Gefahr aus dem Westen und der eigenen Stärke zu wahren. Die Wachsamkeit vor dem „Vierten, dem Adenauer-Reich“, dessen Forderung nach Recht auf Heimat dasselbe sei wie Hitlers „Lebensraum“, sollte nicht so weit gehen, daß es in der Bevölkerung zu Panik käme⁹².

Dem polnischen Streben nach mehr Aufmerksamkeit in der westlichen Welt kam es entgegen, daß Gomulka die Gelegenheit erhielt, vor der UNO-Vollversammlung in New York zu sprechen. Er nutzte den internationalen Auftritt dazu, die Bundesregierung zu beschuldigen, sie gefährde den Frieden und strebe danach, eine beherrschende Stellung in Europa einzunehmen, um ihre Versuche zur Änderung des Status quo durchsetzen zu können⁹³. In eine ähnliche Richtung gingen das polnische Memorandum an verschiedene NATO-Staaten im Oktober desselben Jahres und eine Erklärung von vier Warschauer-Pakt-Staaten gegen „Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland“⁹⁴. Die scharfe Gangart ging zwar eindeutig von Moskau aus, doch widersprach sie den Eigeninteressen der beteiligten Staaten zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht. Besonders der Kampf gegen den „Revisionismus“ stellte für Polen ein Hauptelement der Politik dar, das schon aufgrund der unsicheren rechtlichen Situation bezüglich der Oder-Neiße-Grenze vorrangig sein mußte. Ihre Festschreibung durch den Westen, die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Einstellung zur deutschen Einheit und ergänzend die Verhinderung der Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen waren Gomulkas Meinung nach die Schlüsselprobleme der deutschen Frage⁹⁵. Eine außenpolitische Sonderrolle Polens war hier beim besten Willen nicht mehr erkennbar. Nicht von ungefähr war man auch in der DDR mit der Politik Gomulkas Anfang 1961 zufrieden. In einem ausführlichen Grundsatzpapier des DDR-Botschaftsrats in Warschau, Ewald Moldt, hieß es u. a.: „Besonders im letzten Jahr kristallisierte sich in diesen Fragen (d. h. im Kampf gegen den Bonner Revanchismus; d. V.) eine gesunde Haltung heraus und die VR Polen wurde neben der Sowjet-

91) Ebenda. – Zu den Einzelheiten der Feierlichkeiten s. G. Strobel: Chronik der polnischen Politik des Jahres 1960, in: Osteuropa 11 (1961), S. 332–348, hier S. 339. – Zu den Geschichtsbild-bedingten Streitfällen im Verhältnis der beiden Staaten vgl. auch G. Rhode: Die deutsch-polnischen Beziehungen und ihre neuralgischen Punkte, in: West-Ost-Berichte, 1961, Nr. II, III, S. 1–20.

92) Zitate aus der Rede anläßlich des Besuchs einer tschechoslowakischen Delegation in Warschau am 10. 9. 1960 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 189 bzw. 199).

93) Rede am 27. 9. 1960 in New York. Auf die scharfe Entgegnung des britischen Premierministers Macmillan folgte eine Wiederholung der Vorwürfe am 30. 9. 1960. Siehe a. Kellermann (wie Anm. 28), S. 94f.

94) Ebenda.

95) J. Ptasiński: Drugi zwrot. Gomulka u szczytu powodzenia [Die zweite Wende. Gomulka auf dem Gipfel des Erfolges], Warszawa 1988, S. 143.

union, der DDR und der ČSSR zu einer der aktivsten Kräfte im Kampf gegen die gefährliche Politik der Bonner Bundesrepublik. Die Entlarvung der westdeutschen Politik steht im Mittelpunkt der Propaganda im Lande und der regen außenpolitischen Aktivität der Regierung.⁹⁶ Neben der allgemeinen Grundhaltung warb Polen auch massiv für die Unterstützung der sowjetischen Berlin-Politik, d. h. für die Umwandlung West-Berlins in eine sog. Freie Stadt, damit es aufhöre, das westliche „Spionage- und Subversionszentrum“ zu sein, und für die Drohung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen⁹⁷. Erstaunlicherweise erwähnte Gomułka in keiner seiner Reden nach dem 13. 8. 1961 die veränderte Situation nach dem Mauerbau⁹⁸.

Bei all diesen Anstrengungen war es überraschend, daß der Dialog Polens mit der Bundesrepublik Ende 1960 – wenn auch auf inoffizieller Ebene – wieder in Gang kam. Die Bedingungen für die Bundesregierung hatten sich eher verschlechtert. Polen verlangte jetzt nicht mehr nur die Anerkennung seiner eigenen Vorstellungen, besonders in der Grenzfrage, sondern auch eine Billigung der sowjetischen Berlinpläne sowie eine offenkundige Aufwertung der DDR⁹⁹. Auch die westlichen Verbündeten wurden in der Unterstützung der deutschen Ostpolitik immer zurückhaltender, besonders nach dem Amtsantritt John F. Kennedys im Januar 1961. Die „sukzessive Erhöhung des polnischen Preises“ traf auf den in Bonn weit verbreiteten Widerwillen, Konzessionen in der Grenzfrage oder auch bezüglich der Hallstein-Doktrin zu machen¹⁰⁰. Die schon vier Jahre zuvor von Gomułka geäußerte Maxime, daß Polen Zeit habe, wurde von ihm nun noch deutlicher erneuert: „Westdeutschland erklärt, angesichts dessen (der polnischen diplomatischen Beziehungen zur DDR; d. V.) könne es nicht in diplomatische Beziehungen zu uns treten. Wo nichts ist, ist halt nichts zu machen. Warten wir ab. Die Welt bewegt sich vorwärts, ... und

96) „Die Beziehungen zwischen der VR Polen und Westdeutschland – der westdeutsche Einfluß auf die polnische Bevölkerung und die Maßnahmen der polnischen Organe zu seiner Zurückdrängung“, Papier vom 10. 2. 1961 (IfGA, ZPA IV 2/20/185, Nr. 761). – Der Verfasser Ewald Moldt avancierte in den achtziger Jahren zum Ständigen Vertreter der DDR in Bonn.

97) So etwa in den Reden Gomułkas vom 28. 4. 1961 in Warschau (W. G., Przemówienia [Reden] 1961, Warszawa 1961, S. 290), am 22. 7. 1961 in Kattowitz (DokDtl. IV, 6, Frankfurt/Main 1975, S. 1325) oder am 8. 10. 1961 zur Eröffnung des Wieprz-Krzna-Kanals (W. G., Przem. 1961, S. 457–459).

98) Die wahren Hintergründe des Mauerbaus wurden der polnischen Öffentlichkeit ebenso verschwiegen wie zumindest anfangs Fotos retuschiert wurden, die den „antifaschistischen Schutzwall“ als Hintergrund zeigten. Dennoch kam es in Teilen Polens zu Panikkäufen (nach P. Raina: Gomułka. Eine politische Biographie, Köln 1970, S. 132). Die offiziellen Kommentare billigten den Schritt der DDR-Regierung zwar, wahrten jedoch insgesamt eher Zurückhaltung (vgl. G. Strobel: Das Deutschlandproblem in der polnischen Politik. Ein Bericht über das Jahr 1961, in: Osteuropa 12 [1962], S. 165–172, hier S. 171).

99) Vgl. J. Maass: Die Gomułka-Legende, in: Die politische Meinung (1960), Nr. 44, S. 26–33, hier S. 30.

100) Vgl. Strobel, Deutschland (wie Anm. 37), S. 25.

es kommt eine Zeit, da die DBR erkennen wird, daß ihr die Hallstein-Doktrin nichts als Schaden bringt.“¹⁰¹ Und weiter hieß es: „Was würde ein Botschafter der DBR als Vertreter der Bonner Regierung, die unsere Grenzen nicht anerkennt, in Warschau tun? Vielleicht würde er sich mit revanchistischer Propaganda beschäftigen. Wir brauchen einen solchen Botschafter nicht.“¹⁰²

Die Gleichsetzung nationalsozialistischer und christdemokratischer Politik als Grundlage für die angeblich gewaltige Bedrohung des Friedens durch die Bundesrepublik wurde in ritualartiger Weise systematisch betrieben¹⁰³. Diese und einige andere Unterstellungen, vor allem bezüglich West-Berlins, lassen den Schluß zu, daß die osteuropäischen Verbündeten, besonders die DDR, Polen und die ČSSR, in dieser Phase nur als Lautsprecher und Verstärker der sowjetischen Außenpolitik agierten¹⁰⁴.

Nicht zuletzt auf amerikanischen Druck hin suchte die Bonner Regierung dennoch nach neuen Ansatzpunkten in ihrer Ostpolitik. Deutlich wurde dies nach dem Amtsantritt von Außenminister Schröder im Herbst 1961, dessen „Politik der Bewegung“ auf eine Aufweichung der osteuropäischen Front durch eine individuelle Politik gegenüber jedem einzelnen Land und auf den Ausbau der Kontakte unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen zielte. In diesem Zusammenhang sind auch die Gespräche zu sehen, die seit Ende 1962 mit Polen über die Verlängerung des lange abgelaufenen Handelsabkommens aufgenommen wurden und die am 7. 3. 1963 zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden konnten¹⁰⁵. Dieser Teilerfolg war auch auf ein Nachlassen der antideutschen Kampagne – zumindest in der Ausdrucksweise – seit Anfang 1962 zurückzuführen¹⁰⁶. Als Beispiel dafür kann eine Schrift der polnischen Westpresseagentur gelten, in der ein ambivalentes Bild des westdeutschen Staates gezeichnet wurde. Darin heißt es, daß zwei Gesichter gleichzeitig zuträfen, der „schlafmützige Michel mit dem Bierkrug in der Hand“ und derjenige, welcher die „revisionistische Bundeswehr und den Drang nach Osten“ unterstütze; politische Gleichgültigkeit stehe neben friedensfeindlicher, militaristischer Politik¹⁰⁷. Es waren aber auch ökonomische Zwänge wie

101) Antworten auf Fragen von Bauern und Landarbeitern in Posen am 11. 4. 1961 (DokDtl. IV, 6 [wie Anm. 97], S. 529).

102) Ebenda.

103) Hingewiesen sei hier nur auf Gomulkas Reden vom 10. 9. 1961 (W. G., Przem. 1961 [wie Anm. 97], S. 402–411) und vom 2. 12. 1961 (DokDtl. IV, 7, Frankfurt/Main 1976, S. 1035–1045).

104) Deutlich wurde dies auch im unmittelbaren Einschwenken auf die sowjetische Linie, als Chruščev sich verhandlungsbereit erklärte und auf den Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR verzichtete.

105) Nach Stehle, Nachbar Polen (wie Anm. 66), S. 346. Der Text des gemeinsamen Kommuniqués ist abgedruckt in: Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen (wie Anm. 69), S. 413f.

106) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18. 2. 1962.

107) Polska a Problem Niemiecki [Polen und das Deutsche Problem], Warszawa, Poznań 1962, S. 63–65.

etwa die steigende Inflation, die Polen eine Intensivierung der Handelskontakte mit der Bundesrepublik geraten sein ließen. Weitergehende politische Schritte wurden nicht gewünscht. So erklärte Gomułka im Oktober 1962 vor der DDR-Volkskammer: „Stimmen aus Bonn, denen zufolge eine Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten angestrebt wird, können nur dann ernst genommen werden, wenn die Bonner Regierung auf revisionistische Forderungen verzichtet, die nach dem Kriege festgelegten Grenzen anerkennt und ihre Politik von der berüchtigten Hallstein-Doktrin frei macht, die schon längst auf den Kehrlichthafen der Geschichte gehört.“¹⁰⁸

Die Hoffnung der Bundesregierung auf eine allmähliche Aufwertung der westdeutschen Handelsvertretung in Warschau erwies sich denn auch als Illusion. Das sowjetische Interesse an einer Wahrung des Status quo in Europa kam den polnischen Wünschen weiterhin entgegen. Um so heftiger trat Gomułka gegen alle Änderungsbestrebungen auf. Dies galt für eine möglichst lange Bewahrung der deutschen Teilung, die seine ganze Amtszeit über ein zentraler Gedanke blieb, ebenso wie für die Frage des Zugriffs der Bundesrepublik auf Atomwaffen, sei es auch nur im Rahmen der sog. Multilateralen NATO-Streitkräfte¹⁰⁹.

Mitten in die Debatte um diese Frage platzte der vorerst letzte Versuch einer polnischen Einflußnahme. In Wiederaufnahme einiger Elemente der verschiedenen Rapacki-Initiativen verkündete Gomułka am 28. 12. 1963 die erste Fassung eines nach ihm benannten Abrüstungsplans¹¹⁰. Ergänzend zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sah er eine Einbeziehung aller Länder vor, die Truppen in den betroffenen Staaten Bundesrepublik, DDR, ČSSR und Polen unterhielten. Entscheidender Nachteil war das Fehlen einer Perspektive für die konventionelle Abrüstung¹¹¹. Der propagandistische Charakter des Planes wurde in seiner Begründung zudem gleich mitgeliefert, nämlich die westdeutsche Zugriffsmöglichkeit auf Atomwaffen zu verhindern¹¹².

Einer möglichen Neuausrichtung der sowjetischen Deutschlandpolitik sah Gomułka mehr als skeptisch entgegen. Bei einem Treffen mit Chruščev in Łańsk/Nordostpolen im Januar 1964 erklärte dieser, daß er eine Annäherung

108) Rede vom 19. 10. 1962 (W. G., Ausgewählte Reden und Aufsätze 1960–1963, Ost-Berlin 1965, S. 209–233).

109) Zum „langen Prozeß der Überwindung der deutschen Teilung“, z. B. in einer Rede vom 22. 11. 1963 (W. G., Przem. 1963/64, Warszawa 1964, S. 203), vgl. auch den Beitrag von M. Jaworski zu „Dyskusja redakcyjna“ (wie Anm. 47), S. 102f.

110) Vgl. W. G., O probl. niem. (wie Anm. 3), S. 243.

111) Die Einzelheiten und Intentionen des Plans aus polnischer Sicht bei K. Małcużyński: Gomułka-Plan zum Einfrieren der Kernrüstungen in Mitteleuropa, Warszawa 1965. Zur Bewertung im gesamten Rahmen polnischer Außenpolitik vgl. A. Uschakow: Behutsames Streben nach eigenem Entspannungsprofil: Der Fall Polen, in: Entspannungspolitik in Ost und West, hrsg. von H.-P. Schwarz und B. Meissner, Köln u. a. 1979, S. 55–76.

112) Małcużyński (wie Anm. 111).

an die Bundesrepublik Deutschland beabsichtige, um durch eine Klimaverbesserung in Europa sein Hauptaugenmerk Asien zuwenden zu können. Gomułka gegenüber, der sich entschieden gegen jedes Entgegenkommen wehrte und der sich an die Erfahrungen des Jahres 1939 erinnert fühlen mußte, deutete Chruščev an, er werde ja nicht ewig an der Spitze der polnischen Partei stehen¹¹³. Um so unbehaglicher mußte sich Gomułka fühlen, als Chruščevs Schwiegersohn und Vertrauter Alexej Adžubej im Sommer 1964 Bonn besuchte und dort die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung nicht ausschloß. Der polnische Parteichef entschied sich für die Flucht nach vorn. In einer bisher nicht veröffentlichten Rede vor einem Schriftstellerkongreß in Lublin im September 1964 bezeichnete er die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa für den Fall einer sowjetisch-westdeutschen Annäherung als unmöglich¹¹⁴. Nicht zuletzt dieser Schritt trug ohne Zweifel zum Sturz Chruščevs am 15. 10. 1964 bei.

Für die Politik Gomułkas – nicht nur hinsichtlich Deutschlands – hatte diese Episode weitreichende Bedeutung. Er war seither zu keinerlei Nachgeben bereit und wurde immer mißtrauischer gegenüber potentiellen Störenfrieden in der polnischen Gesellschaft. Dies galt für die Intellektuellen, die er mit steigendem Argwohn verfolgte, und ganz besonders für die katholische Kirche. Ihre Aktivitäten gerade auf dem Felde der Deutschlandpolitik wurden zum Stein des Anstoßes. Gerade hier waren es in Deutschland und in Polen die Christen, welche die verkrusteten Verhältnisse in der Außenpolitik ihrer Länder aufbrechen wollten. Genannt seien nur das „Tübinger Memorandum“ von evangelischen Laien aus dem Jahre 1961 und die offizielle EKD-Denkschrift vom Oktober 1965, die auf ein lebhaftes, wenn auch gespaltenes Echo traf¹¹⁵. Auch die katholische Kirche Polens wollte nicht mehr zurückstehen. Sie war von offizieller Seite nicht nur nicht an den staatlichen 1000-Jahr-Feiern der Christianisierung Polens beteiligt worden, die Parteiführung versuchte zudem, deren Einfluß durch offene Unterstützung der regimetreuen Laienorganisation PAX zu vermindern. In der Endphase des II. Vatikanischen Konzils wagte die Kirchengspitze unter dem charismatischen Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, einen Versöhnungsschritt: In einem Schreiben der polnischen Bischöfe „an ihre deutschen Brüder“ erklärten sie ihre Dialogbereitschaft, die in dem Satz „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ gipfelte¹¹⁶.

113) Nach Roszkowski (wie Anm. 37), S. 269, und N. Bethell: Gomułka. His Poland and His Communism, London 1969, S. 243.

114) Ebenda.

115) Auszüge daraus in: Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, hrsg. von H.-A. Jacobsen und M. Tomala, Köln 1992, S. 125–134.

116) Botschaft der polnischen Bischöfe vom 18. 11. 1965, ebenda, S. 135–141. Das eine Woche später verfaßte Antwortschreiben der deutschen Bischöfe traf die Erwartungen nicht ganz. Vgl. dazu jetzt E. Heller: Macht – Kirche – Politik: Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992.

Die Reaktion der Partei war heftig. Es fehlte zwar nicht an Versuchen, die katholische Kirche auf eine Stufe mit den „westdeutschen Revanchisten“ zu stellen. Dies ließ sich jedoch nur schwer glaubhaft machen, da die Bischöfe die ganze Zeit über demonstrativ für die polnische Westgrenze eingetreten waren¹¹⁷. So griff Gomułka, der auch persönlich äußerst verärgert war und sich hintergangen fühlte, zur Methode der Nadelstiche, wie der Verweigerung von Reisepässen für Geistliche und der Erschwerung kirchlicher Jubiläumsfeiern¹¹⁸. Er betrachtete den Höhepunkt der Millenniumsfeiern 1966 als sein persönliches Fest. Schon im Vorfeld waren hierbei wieder Reminiszenzen an die Geschichte verstärkt in seinen Reden aufgetaucht. So spannte er anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. 5. 1965 erneut den Bogen von der mittelalterlichen Eroberung slawischer Gebiete zu den Verbrechen Hitlers. Zugleich rückte er die Frage der deutschen Wiedervereinigung in den Blickpunkt, deren Gestaltung er ganz klar definierte: „Den Weg zur Entstehung eines ... vereinigten Deutschland zeigt die Deutsche Demokratische Republik. Nur ein so vereinigter deutscher Staat kann von den sozialistischen Ländern und Europa akzeptiert werden ... Die in der Politik der Deutschen Bundesrepublik ausgedrückte Konzeption der Vereinigung Deutschlands ist dagegen eine Konzeption des Krieges.“¹¹⁹ Zur internationalen Absicherung der Mitsprache aller europäischen Staaten bei der Sicherung des Friedens und der Kontrolle Deutschlands schlug Polen vor, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen, eine Idee, die erst nach elf Jahren verwirklicht wurde¹²⁰.

Die zurückhaltenden Erklärungen der Regierung Erhard, u. a. in der sogenannten „Friedensnote“ vom 25. 3. 1966, hatten in Polen nicht die erhoffte Wirkung¹²¹. Sie wurden im Gegenteil als Verschärfung der Ostpolitik verstanden, worauf man seinerseits mit Verhärtung reagierte. Gomułka kritisierte in einer Rede am 17. 4. 1966 die „imperialistische Hoffart der westdeutschen Imperialisten“¹²². In der polnischen Antwortnote vom 28. 4. 1966 wurde erneut die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und auch der DDR verlangt. Weiter hieß es in Fortsetzung der bisherigen Argumentation, daß es kein Problem der Grenzen gebe, sondern nur ein Problem des Friedens, den Westdeutschland bedrohe¹²³.

117) Roszkowski (wie Anm. 36), S. 278f.

118) Raina (wie Anm. 98), S. 151.

119) Rede Gomułkas in Breslau vom 8. 5. 1965 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 261.

120) Die Initiative verkündete Außenminister Rapacki am 14. 12. 1964 vor der UNO-Vollversammlung.

121) Text in: Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen (wie Anm. 69), S. 421–426.

122) Rede zur 1000-Jahr-Feier Polens in Posen (W. G., O probl. niem., [wie Anm. 3], S. 292).

123) Text in: Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen (wie Anm. 69), S. 427–433, hier S. 429.

Somit war es nur konsequent, daß sich die Regierungen der Staaten, die besonders an der Stabilisierung des Status quo interessiert waren, in der folgenden Zeit noch enger zusammenschlossen. Es entstand eine Achse ČSSR – DDR – Polen, die nicht nur im Westen, sondern auch in den betroffenen Staaten selbst als „eisernes Dreieck“ (poln. *żelazny trójkąt*) bezeichnet wurde¹²⁴. Sie prägte die Deutschlandpolitik dieser Staaten bis in das Jahr 1969 hinein und bildete damit ein Gegengewicht zu den kompromißbereiteren Ländern Südosteuropas. Der Koalitionswechsel in Bonn brachte hierbei zunächst wenig Veränderungen. Der neue Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt deuteten zwar Initiativen an, diese stießen jedoch auf großes Mißtrauen in Polen. Besonders die überraschende Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Januar 1967 betrachtete die polnische Parteispitze als Gefahr. In einer Rede in Kattowitz am 8. 2. 1967 äußerte Gomułka starke Zweifel, ob es wirklich eine neue westdeutsche Ostpolitik gebe: „In den für die Sicherheit und den Frieden in Europa wichtigsten Angelegenheiten ist alles beim alten geblieben. Dies ist aber eben doch ein Ausdruck des Wesensgehalts der Bonner Revanchepolitik und des Bestrebens, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren.“¹²⁵ Als Beleg für seine These wertete er auch das Aufkommen der NPD in den verschiedenen Landtagswahlen¹²⁶.

Der sowjetischen Angst vor einem Auseinanderbrechen der gemeinsamen Position gegenüber der Bundesrepublik kamen die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten auf ihrer Warschauer Außenministertagung vom 8. – 10. 2. 1967 durch die Verabschiedung der sog. „Ulbricht-Doktrin“ entgegen, nach welcher kein Paktmitglied die Beziehungen zur Bundesrepublik normalisieren dürfe, bevor dies nicht die DDR getan habe¹²⁷. Ergänzt wurde dieser Beschluß durch eine Reihe bilateraler Freundschaftsverträge der Warschauer-Pakt-Staaten untereinander sowie durch eine „Erklärung über Frieden und Sicherheit in Europa“, die auf einem Treffen der Vertreter aller kommunistischen Parteien Europas Ende April 1967 in Karlsbad/Karlovy Vary beschlossen wurden¹²⁸. Die dortigen Vereinbarungen bedeuteten die endgültige Fixierung eines verbindlichen Forderungskatalogs an die Bundesrepublik, der folgende Punkte umfaßte: 1. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; 2. die Anerkennung der DDR als Staat und West-Berlins als „selbständiger politischer Einheit“; 3. die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens „ex tunc“; 4. der Verzicht auf jede Art der Teilhabe an Atomwaffen¹²⁹.

124) So bei M. Rakowski: Die Außenpolitik der VR Polen, Warszawa 1975, S. 172f., westlicherseits z. B. D. Bingen: Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht, Königstein/Taunus 1980, S. 58.

125) W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 299f.

126) Ebenda.

127) Vgl. Kellermann (wie Anm. 28), S. 117, und P. Bender: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986, S. 140, Anm. 120.

128) Siehe Uschakow, Streben (wie Anm. 111), S. 69.

129) Nach Bender (wie Anm. 127), S. 140.

Dennoch wurden die Stimmen in Polen, die dafür plädierten, die Wandlungen in der westdeutschen Politik zur Kenntnis zu nehmen, im Laufe des Jahres 1967 lauter. In den politischen Reden Gomułkas läßt sich für diese Zeit freilich keine Veränderung feststellen. Vielmehr wurde in immer neuen Varianten ein kausaler Nexus zwischen den verschiedenen Problemen hergestellt¹³⁰.

Die Stellung Gomułkas hatte sich allmählich zu wandeln begonnen. Deutlich wurde dies im Jahre 1968. Die Rufe nach inneren Reformen, die nach dem Amtsantritt des neuen tschechoslowakischen KP-Chefs Dubček im Januar in verschiedenen osteuropäischen Staaten ertönten, erfaßten auch Polen. Die Studentenunruhen, die von der Miliz blutig niedergeschlagen wurden, verbanden sich mit der seit dem Sechstagekrieg 1967 laufenden antisemitischen und antizionistischen Kampagne sowie dem Drängen der innerparteilichen Rivalen Gomułkas, vor allem von Innenminister Moczar, an die Macht. Dem angeschlagenen Parteichef gelang es nur dank der Unterstützung des aufstrebenden ZK-Mitgliedes Gierek und Brežnevs, seine Position zu halten. Um so sensibler wurde Gomułkas Gespür für äußere Gefahren. Als eine solche erschien ihm die Situation in der ČSSR. Schon seit dem Frühjahr 1968 bemühte er sich gemeinsam mit Ulbricht, den zunächst unentschlossenen sowjetischen Parteichef von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Krise militärisch von außen zu lösen. Im Endeffekt können diese beiden Politiker als die Väter der Invasion im August gelten¹³¹.

Auch in dieser Hinsicht war der deutsche Aspekt nicht ohne Bedeutung. Gomułka und seine Anhänger versuchten, die Krise in der eigenen Partei und im Warschauer Pakt mit einem erneut verstärkten Kampf gegen den „westdeutschen Revisionismus“ und einer angeblichen militärischen Bedrohung aus dem Westen abzuwenden¹³². In einer Warschauer Rede am 8. 9. 1968 sagte er: „Die ... potentielle Gefahr durch die Deutsche Bundesrepublik und ihre Verbündeten ... würde zwangsläufig zu einem militärischen Angriff auf die sozialistischen Länder führen, wenn es eine Änderung der Ausrichtung der Kräfte zugunsten des Imperialismus, zugunsten der westdeutschen Militaristen und Revanchisten gäbe. Im letzten Monat ist die Gefahr gestiegen. Die konkrete Gefahr ergab sich daraus, daß die Tschechoslowakei den Reihen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages entrissen wurde ... Denn (sie) be-

130) Hingewiesen sei hier nur auf die Rede während der ZK-Tagung in Warschau am 17. 5. 1967 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 342–349, bzw. DokDtl. V, 1, Frankfurt/Main 1975, S. 1147–1154) und die Ansprache zur Eröffnung der Autoreifenwerke Allenstein am 28. 10. 1967 (ebenda, S. 350–355).

131) Zur Vorgeschichte der Invasion vgl. Weit (wie Anm. 73), S. 237–271, der auch persönliche Antipathien zwischen Gomułka und Dubček sieht. In der Haltung Gomułkas wird deutlich, wie weit sich seine Position seit 1956 hin zu den Konservativen verschoben hatte. Die Forderungen Dubčeks von 1968 waren bei weitem nicht so radikal wie die Gomułkas von 1956.

132) So L. Ortmyer: Conflict, Compromise and Conciliation. West German – Polish Normalization 1966–1974, Denver (Col.) 1975, S. 38.

fand sich auf dem Weg, der zur Wiederherstellung des Kapitalismus führte ... Ihre Wirtschaft war dabei, sich eng ... vor allem mit der des westdeutschen Staates zu verbinden.¹³³ Weiter hieß es, daß diese Gefahr nun vorbei sei, die nicht nur für die Existenz der DDR und für den Erhalt der polnischen Westgebiete, sondern auch für den des Sudetenlands bestanden habe¹³⁴.

Zu Beginn des Jahres 1969 zeigte sich jedoch, daß die polnische Öffentlichkeit die Veränderungen in der Bundesrepublik durchaus zur Kenntnis nahm. Es hatte sich zwar noch kein einheitliches Bild entwickelt, aber besonders in der Publizistik schwenkten einige Journalisten etwa seit der Rede Brandts auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg im März 1968 auf eine freundlichere Position um¹³⁵. Die internationalen Bedingungen taten ein übriges. Die neue US-Regierung Nixon/Kissinger erklärte sich nunmehr ebenso zu Abrüstungsverhandlungen bereit wie die Sowjetunion, deren Verhältnis zu China nach den Kämpfen am Grenzfluß Ussuri schwer belastet war. Brežnev sandte seine Signale auch an die Bundesrepublik. Der „Budapester Appell“ der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. 3. 1969 war weitgehend frei von Polemik, wenn die Forderungen auch die gleichen blieben¹³⁶. Vor diesem Hintergrund konnte die offizielle polnische Politik nicht tatenlos bleiben.

c) Vom 17. Mai 1969 zum Warschauer Vertrag

Als Gomułka aus Anlaß des Besuchs des rumänischen Staatschefs Ceausescu in Polen am 17. Mai 1969 eine öffentliche Rede hielt, rechnete niemand mit außergewöhnlichen inhaltlichen Glanzlichtern. Auch im Umfeld des Parteichefs war Überraschung die erste Reaktion¹³⁷. Beginnend mit einem Abriß der Entwicklung der westdeutschen Politik nach 1945, wandte sich Gomułka den neuen Ansätzen in der Bonner Regierungspolitik zu, die er vorsichtig positiv beurteilte. Nachdem er die Ideen Willy Brandts gewürdigt hatte, fielen dann die entscheidenden Sätze, die die letzte – und wohl wichtigste – Etappe der Deutschlandpolitik Gomułkas einleiteten, seinen „Altersflirt“, wie es der langjährige FAZ-Korrespondent in Warschau, Ludwig Zimmerer, nann-

133) Rede auf dem Zentralen Erntedankfest (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 356–360, bzw. DokDtl. V, 2, Frankfurt/Main 1987, S. 1212f.).

134) Ebenda.

135) Siehe J. K. Hoensch, G. Nasarski: Polen 30 Jahre Volksdemokratie, Hannover 1975, S. 128–131. – Brandts Rede enthielt die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und die Respektierung der polnischen Westgrenze (vgl. DokDtl. V, 2, S. 474–477, hier S. 476).

136) Dazu siehe C. Meier: Der Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten. Zum Plan einer europäischen Sicherheitskonferenz seit Ende 1964 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche u. internationale Studien, 42/1969), Köln 1969.

137) Auch der stellvertretende Außenminister Winiewicz wurde erst einige Tage zuvor informiert. Vgl. J. Winiewicz: Co pamiętam z długiej drogi życia [An was ich mich aus dem langen Lebensweg erinnere], Poznań 1985, S. 639f.

te¹³⁸. Die genauen Äußerungen lauteten: „Es gibt für die DBR keine Hindernisse rechtlicher Natur, daß sie nicht die bestehende Westgrenze Polens als endgültig anerkennen könnte. Wir sind jederzeit bereit, mit der DBR einen solchen zwischenstaatlichen Vertrag abzuschließen, wie wir vor 19 Jahren in dieser Sache einen solchen Vertrag mit der DDR abgeschlossen haben.“¹³⁹

Polens Führung war somit zum ersten Mal seit Jahren bereit, mit der Bundesrepublik direkt über eine Normalisierung der Beziehungen zu verhandeln. Dabei fällt auf, daß dieses Angebot nicht nur fast vollständig ohne das schon gewohnte propagandistische Beiwerk gemacht, sondern daß auch im Hinblick auf die politischen Kräfte Westdeutschlands deutlich differenziert wurde. Besonders ungewöhnlich erscheint, daß knapp zwei Monate nach der Budapester Erklärung, in der die Warschauer-Pakt-Staaten einen Versuch unternommen hatten, das deutsche Problem zu internationalisieren und in den Rahmen einer Übereinkunft über Sicherheit und Abrüstung in Europa einzubeziehen, ein Mitgliedsstaat quasi im Widerspruch dazu sein Heil in bilateralen Gesprächen suchte. Pikant war zudem, daß weder die Sowjetunion noch die DDR im Vorfeld über die Gomułka-Initiative unterrichtet worden waren¹⁴⁰.

Gründe für diese plötzliche Kehrtwendung gibt es viele. Einer davon war sicher ein praktischer Aspekt. Nachdem verschiedene Umfragen in der polnischen Öffentlichkeit bestätigt hatten, daß die Bevölkerung fast nur noch die Regelung der Grenzfrage als Vorbedingung für ein normales Verhältnis zur Bundesrepublik ansah und nicht etwa eine Anerkennung der DDR, suchte Gomułka sein Lebenswerk durch eine Abmachung mit dem Westen abzusichern, welche das mit dem Görlitzer Abkommen Erzielte bestätigen sollte. Gomułkas Erwartung einer Bindewirkung für den Fall einer deutschen Vereinigung sollte sich nach über 20 Jahren bestätigen¹⁴¹. Hinzu kam der schon genannte weltpolitische Aspekt. Die sich andeutende Annäherung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik weckte in Polen wieder die alten Rapallo-Ängste. Wenn man die Generallinie sowjetischer Politik auch nicht beeinflussen konnte, so wollte man doch verhindern, die polnische Westgrenze, von Brežnev ausgehandelt, quasi als sowjetisches Geschenk überreicht zu bekommen¹⁴². Ein weiterer Gesichtspunkt war das Bestreben, das eigene Image im Westen zu verbessern, das im Zuge der Märzereignisse von 1968 und der

138) In einem Gespräch mit D. Bingen (nach Bingen [wie Anm. 124], S. 69).

139) Nach W. G., O probl. niem. (wie Anm. 3), S. 375.

140) Vgl. Bender (wie Anm. 127), S. 156.

141) Siehe B. Jaszczuk, in: Dyskusja o W. G. (wie Anm. 47), S. 84.

142) Nach H. Laeuen: Polen nach dem Sturz Gomułkas, Stuttgart-Degerloch 1972, S. 223. Letzten Endes kam es dann aber doch so, daß der deutsch-sowjetische Vertrag vor dem deutsch-polnischen abgeschlossen wurde und damit der auch in der polnischen Öffentlichkeit ungünstige Eindruck von einer neuerlichen Zuteilung der Westgebiete durch Moskau nicht zu vermeiden war. Siehe dazu auch N. Davies: *Boże igrzyisko* [Gottes Spielwiese], Bd. 2, Warszawa 1990 (Oxford 1981), S. 730.

ČSSR-Invasion stark gelitten hatte¹⁴³. Nicht zu übersehen war zweifelsohne auch die Absicht, auf die deutsche Innenpolitik im Wahljahr 1969 Einfluß zu nehmen, um die „fortschrittlichen“ Kräfte in SPD und FDP zu stärken¹⁴⁴. Schließlich darf der ökonomische Aspekt nicht außer acht gelassen werden. Die polnische Wirtschaft war nach Abschluß der Wiederaufbauphase in eine Krise geraten. Es fehlten sowohl die finanziellen Möglichkeiten für einen neuen Anschub als auch das technische Know-how. In beiden Punkten setzte Gomułka auf den Westen, besonders auf die Bundesrepublik, von der er im Ausgleich für das polnische Entgegenkommen im politischen Sektor massive Finanzhilfen erwartete¹⁴⁵. Diese Kalkulation sollte sich im nachhinein als verfehlt erweisen.

Obwohl Gomułkas Rede keinen direkten Einfluß auf die westdeutsche Politik haben konnte, waren die Reaktionen doch weitgehend positiv. Die polnische Unsicherheit über die Ernsthaftigkeit der bundesdeutschen „neuen Ostpolitik“ legte sich jedoch noch nicht. Gomułka zeigte in einer Rede vom 22. 7. zwar Verständnis für die besondere Situation des Wahlkampfes, mahnte aber dennoch eine Antwort auf das Gesprächsangebot an¹⁴⁶. Jedoch wurde erst das Entstehen der sozialliberalen Koalition nach den Wahlen vom September 1969 zum Ausgangspunkt für konkrete Schritte. In der Regierungserklärung am 28. 10. und in einem Interview am 23. 11. bekundete Bundeskanzler Willy Brandt seine Gesprächsbereitschaft gegenüber Polen¹⁴⁷. Der fast gleichzeitige deutsche Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag trug zu einer Verbesserung des Klimas bei.

Die deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen unter Leitung des polnischen Vize-Außenministers Winiewicz und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Duckwitz begannen im Februar 1970. Sie erstreckten sich über insgesamt sechs Gesprächsrunden. Darauf folgten die direkten Verhandlungen der beiden Außenminister Jędrzychowski und Scheel im November und Dezember 1970. Auf den Verlauf der Gespräche kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden, doch sei festgestellt, daß sie nicht ohne Schwierigkeiten verliefen, teilweise auch wegen der parallel stattfindenden Verhandlungen mit Moskau¹⁴⁸. Der Durchbruch gelang erst, als der Moskauer Vertrag am 12. 8. 1970

143) Bingen (wie Anm. 124), S. 69, und N. Bethell: Die polnische Spielart. Gomułka und die Folgen, Wien, Hamburg 1971, S. 328.

144) So auch R. Frelek: Thema: Europa, Warszawa 1971, S. 177.

145) Nach W. Wagner: Ein neuer Anfang zwischen Polen und Deutschen. Der Vertrag von Warschau, in: Europa-Archiv 25 (1970), S. 837–845, hier S. 841.

146) Rede vor dem Sejm in Warschau (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 378).

147) Text der Regierungserklärung in: Verhandlungen des Dt. Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 71 (20. 10. 1969–18. 2. 1970), Bonn 1969/1970, S. 20–34. Das Interview Brandts war das erste eines deutschen Bundeskanzlers für eine polnische Zeitung (vgl. „Życie Warszawy“ v. 23. 11. 1969).

148) Siehe dazu Bingen (wie Anm. 124), S. 81–89.

unterzeichnet worden war. Weiterhin schwer fiel es Warschau jedoch, die öffentliche Umgangsweise mit der Bundesrepublik den neuen Gegebenheiten anzupassen. So boten die Reden Gomułkas, die im Jahre 1970 wesentlich seltener wurden, nach wie vor ein zwiespältiges Bild. Die Kritik hielt sich nun aber vor allem an die Opposition im Bundestag. Je näher der Vertragsabschluß rückte, desto zufriedener wurde der polnische Parteichef, der das Abkommen als Krönung seiner politischen Karriere betrachtete¹⁴⁹.

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, der im wesentlichen die Regelung der Grenzfrage, gegenseitigen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zu weiterer Zusammenarbeit beinhaltete, durch Brandt, den polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz und die beiden Außenminister fand am 7. 12. 1970 statt¹⁵⁰. Während die Reaktion auf den Vertrag in der Bundesrepublik je nach dem politischen Standort unterschiedlich ausfiel, herrschte in Polen einhellige Zustimmung, wobei die Interpretation von der deutschen mitunter abwich¹⁵¹. Allgemein sah man die Übereinkunft als Erfolg der standhaften polnischen Politik, als endgültige Sicherung der Oder-Neiße-Grenze an¹⁵². Manchmal neigten die Kommentatoren dabei zur Übertreibung, so etwa, wenn Marian Naszkowski in einer Würdigung des polnischen Parteichefs schrieb, daß die Weiterentwicklung der Positionen Willy Brandts ein persönliches Verdienst Gomułkas sei¹⁵³. Was hier im Rückblick von achtzehn Jahren durch die Erinnerung verklärt erscheint, klang aber auch schon bei Gomułka ähnlich. In einer Rede in Warschau am 14. 12. 1970, die sein letzter großer Auftritt als Parteichef werden sollte, entwarf er in gewohnter Weise sein Bild der deutsch-polnischen Beziehungen: „Der Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Volkspolen und der Bundesrepublik Deutschland (sic!) ist ein Dokument, wie es die tausendjährige Geschichte Polens nicht kennt.“¹⁵⁴ Neben ungewöhnlich häufig positiven Zügen in der Beschreibung Westdeutschlands durfte aber auch hier das Klischee, sozusagen die „captatio malevolentiae“, nicht fehlen: „Wenn wir uns der positiven Seiten der Politik der gegenwärtigen Bonner Regierung . . . bewußt sind, dürfen wir aber keinen Moment vergessen, daß die DBR weiterhin ein Staat der großkapitalisti-

149) Der „alten“ Propaganda entsprachen z. B. noch in etwa die Reden vom 21. 7. 1969 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 378f.) und vom 9. 5. 1970 (ebenda, S. 390–405), dagegen schon konzilianter am 24. 11. 1970 („Trybuna Ludu“ v. 25. 11. 1970) und am 3. 12. 1970 (W. G., O probl. niem., S. 418f.).

150) Die Einzelheiten der Vertragsunterzeichnung finden sich bei Tomala, Polen (wie Anm. 19), S. 122–124.

151) Als Beispiel s. A. Klafkowski: Der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970, Warszawa 1973.

152) Vgl. Bingen (wie Anm. 124), S. 94.

153) M. Naszkowski: Wkład w umocnienie bezpieczeństwa Polski i Europy [Ein Beitrag zur Stärkung der Sicherheit Polens und Europas], in: Władysław Gomułka we wspomnieniach (wie Anm. 27), S. 161–170, hier S. 169.

154) Vgl. W. G., O probl. niem. (wie Anm. 3), S. 421.

schen Monopole, ein wichtiges Mitglied des imperialistischen Atlantikblockes, eine uns entgegengesetzte politische Macht mit Klassencharakter bleibt.“¹⁵⁵

Gerade dieser letzte Satz beweist, daß sich an der taktischen Komponente Gomulkas seit seinem zweiten Machtantritt überhaupt nichts geändert hatte. Der Vertrag kam ihm als Erfolg seines außenpolitischen Konzeptes vor allem innenpolitisch sehr zupaß, weil er die großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme scheinbar zudeckte. An einer Freundschaft mit der Bundesrepublik konnte ihm schon aus Gründen des Systemerhalts überhaupt nicht gelegen sein, deshalb auch die Warnung vor zu weit gehender Annäherung. Die Propagandakraft der anti-westdeutschen Beschwörungen hatte allerdings nun schon so sehr nachgelassen, daß sie die innere Krise nicht mehr kaschieren konnte. Zugespitzt gesagt, nahm die Bevölkerung die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze fast als etwas Selbstverständliches zur Kenntnis und ging zum Alltag über. Die Ideologie wurde vom Pragmatismus zurückgedrängt. Der Ideologe Gomulka stürzte über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich in den Unruhen an der Ostseeküste manifestierten, nur zwei Wochen nach Vertragsunterzeichnung, der Pragmatiker Gierek als sein Nachfolger sah vor allem die wirtschaftlichen Vorteile einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik¹⁵⁶. Daß das deutsche Problem verbunden mit der Grenzfrage das zentrale seines Lebens war, bewies noch einmal ein Schreiben an die Mitglieder des ZK der PZPR vom 27. 3. 1971, in dem er seine Position und seine Verdienste um Polen erläuterte und um seine Rehabilitierung bat. Darin hieß es wörtlich: „Aber die Wahrheit ist es auch, daß die Dezemberereignisse (1970; d. V.) die internationale Position Polens geschwächt und die Position der Feinde Volkspolens gestärkt haben, darunter die der Kräfte des Revisionismus und der Revanche, die sich mit der Existenz dieser Grenze nicht abfinden können und darauf zählen, daß der Lauf der Geschichte ihnen die Chance eröffnen könnte, erneut nach den Westgebieten Polens zu greifen.“¹⁵⁷ Damit schloß sich der Kreis einer fast dreißigjährigen Beschäftigung mit diesem Thema.

3. Gomulka und die DDR (1956–1970)

Anders als im Verhältnis zur Bundesrepublik läßt sich die Politik gegenüber der DDR nicht in mehrere, klar voneinander getrennte Phasen trennen. In offiziellen Äußerungen waren die Beziehungen die ganze Zeit über ausschließlich positiv. Tatsächlich aber gab es in den vierzehn Jahren der zweiten Amts-

155) Ebenda.

156) Zu den Ereignissen im Dezember vgl. jetzt H. Wagner: Das Ende der Ära Gomulka. Die polnische „Sechs-Tage-Woche“ im Dezember 1970, in: Zwischen „Tautewetter“ und neuem Frost (wie Anm. 54), S. 117–132, sowie B. Seidler: Kto kazal strzelać. Grudzień '70 [Wer schießen ließ. Dezember '70], Warszawa 1991.

157) Siehe Gomulka i inni. Dokumenty z archiwum KC 1948–1982 [Gomulka und andere. Dokumente aus dem Archiv des ZK 1948–1982], bearb. von J. Andrzejewski, Londyn 1987, S. 225.

zeit Gomułkas verschiedene Krisen. Vollkommen störungsfrei konnte die „brüderliche Nachbarschaft“ schon deswegen nicht sein, weil das persönliche Verhältnis der beiden Parteichefs nie besonders gut war. Die Gründe dafür müssen in der Zeit des „polnischen Oktobers“ gesucht werden.

Die osteuropäischen Irritationen nach Stalins Tod waren an der DDR spurlos vorübergegangen. Sie galt selbst in offiziellen polnischen Parteikreisen als „Insel der Ruhe“¹⁵⁸. Dem erneuten Machtantritt Gomułkas stand die SED-Führung äußerst skeptisch gegenüber, da sie eine ähnliche Entwicklung wie in Ungarn befürchtete. Deshalb war sie bestrebt, die Informationsmöglichkeiten der DDR-Bürger diesbezüglich in Grenzen zu halten. Hinzu kam die nicht unberechtigte Furcht vor dem eigenen Machtverlust zugunsten von Parteireformern. Hier war es die Gruppe um den Philosophen Wolfgang Harich, die über enge Kontakte nach Polen verfügte und eine Entstalinisierung auch in der DDR durchführen wollte¹⁵⁹. Erst nach Gomułkas Moskau-Besuch im November zeigte sich Ulbricht kompromißbereiter¹⁶⁰. Das persönliche Verhältnis der beiden Parteichefs war jedoch von Anfang an belastet. Gomułka hatte nämlich in seiner Rede vor dem ZK-Plenum schon im Oktober die Fehler der Stalin-Zeit heftig kritisiert. Dabei nannte er nicht nur den Moskauer Diktator, sondern auch die Parteichefs der anderen sozialistischen Länder. Er sagte: „Sie legten sich das Kleid der Fehlerfreiheit und Klugheit an ... Der Träger des Personenkults kannte sich in allem aus, wußte alles, entschied alles ... Er war der klügste Mensch, unabhängig davon, was für ein Wissen, was für Fähigkeiten ... er besaß ... Ganz schlecht voran [gingen die Sachen], wenn die Ehre der Machtausübung ... ein beschränkter Mensch, ein sturer Ausführer von Aufgaben oder ein verfaulter Karrieremacher an sich raffte. Diese Leute gruben dem Sozialismus ein Grab.“¹⁶¹ Nun war von den Parteichefs der Stalinzeit im Oktober 1956 nur noch ein einziger an der Macht: Walter Ulbricht. Polen sah zu dieser Zeit die DDR als ein stalinistisches Relikt an, das man unter Umständen einer großen West-Ost-Lösung opfern konnte¹⁶². Als weitere Belastung mußten die Versuche der DDR gesehen werden, die Frage der Oder-Neiße-Grenze in Moskau wieder ins Spiel zu bringen¹⁶³.

Dieser Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen konnte im Laufe des Jahres 1957 allmählich überwunden werden. Eine Konzeption für den weiteren Ausbau wurde zwar nicht entwickelt, doch waren beide Seiten bemüht, anläßlich von Gomułkas erstem DDR-Besuch im Juni 1957 das Klima zu verbes-

158) Vgl. Bericht des DDR-Botschaftsangehörigen Stefan Heymann vom 11. 6. 1956 (IfGA, ZPA IV 2/20/157).

159) So Harich selbst im Zweiten Deutschen Fernsehen im Dezember 1991 in der Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“.

160) Siehe Bontschek (wie Anm. 46), S. 32.

161) Zit. nach Weit (wie Anm. 73), S. 206f.

162) Vgl. G. Strobel: Gomułkas Besuche in der DDR, Köln 1963, S. 3 (Berichte des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, III/3,5).

163) Bontschek (wie Anm. 46), S. 36f.

sern. In den öffentlichen Reden stellte der polnische Parteichef die Bedeutung des ostdeutschen Staates als Gegenbild zu Militarismus und Imperialismus heraus, doch dies konnte die weiter vorhandenen Schwierigkeiten nur teilweise überbrücken¹⁶⁴. Ein Indiz dafür war der Beschluß des ZK der SED, den polnischen Gästen vorzuschlagen, in allen Fragen, die sie mit der Bundesrepublik besprechen wollten, vorher die DDR zu konsultieren¹⁶⁵. Die Zusammenfassung der Ergebnisse aus polnischer Sicht enthielt außer der Formel vom „gemeinsamen Kampf gegen den westdeutschen Militarismus“ und der Betonung der Kooperation mit der DDR als Teilaspekt der europäischen Sicherheit auch noch ein Bekenntnis zu guten Beziehungen zum ganzen deutschen Volk¹⁶⁶.

Der sich allmählich mehr und mehr einschränkende außenpolitische Spielraum Polens führte dann 1958 auch zu einer positiveren Einschätzung der DDR nach sowjetischem Vorbild. Parallel zur rhetorischen Verschärfung der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik begann Gomułka damit, den ostdeutschen Staat aufzuwerten. Hatte er in Moskau am 10. 11. 1958 die DDR noch vorsichtig als „Bollwerk der friedlichen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes“ bezeichnet, wurde er knapp ein Monat später in Gleiwitz/Gliwice deutlicher: „Aber ebensogut wissen wir, daß die Sicherheit der polnischen Grenzen an Oder und Neiße, der Friedensgrenze, heute in der Sicherheit der Grenze an der Elbe liegt, die die beiden deutschen Staaten trennt. Jeder Angriff auf die DDR ist ein Angriff auf uns, auf unsere Westgrenzen, auf alle sozialistischen Länder.“¹⁶⁷

Dieser Positionswandel bildete das Vorfeld für den ersten Besuch einer DDR-Delegation in Polen nach 1956. Er war ursprünglich nur auf sowjetischen Druck zustande gekommen, weil Polen immer noch Befürchtungen hinsichtlich der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze hegte, worauf auch das ständige Verweisen auf das Potsdamer Abkommen hindeutet. Während des Aufenthalts zeigte sich jedoch, daß die Differenzen geringer zu werden begannen. Das Bestreben, dem eigenen Volk die Annäherung verständlich zu machen, manifestierte sich in den öffentlichen Reden¹⁶⁸.

Der 3. Parteitag der PZPR im März 1959 bestätigte zwar die Übereinstimmung mit der sowjetischen Generallinie, zeigte jedoch auch die noch nicht

164) Vgl. die Reden in Ost-Berlin am 18. 6. und in Dresden am 19. 6. (vgl. Maass [wie Anm. 51], S. 140f. bzw. 142). Nicht alle öffentlichen Erklärungen wurden in der DDR-Presse abgedruckt.

165) Protokoll 25/57 der ao. Sitzung des ZK am 15. 6. 1957 (IfGA, ZPA, Akten des Politbüros I IV 2/2/545). In einem ähnlichen Sinne auch der stellvertretende DDR-Außenminister Winzer (nach Tykociński [wie Anm. 73], S. 6).

166) „Trybuna Ludu“ vom 22. 6. 1957, zit. nach Bontschek (wie Anm. 46), S. 39.

167) Rede in Moskau vom 10. 11. 1958 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 131–137) und in Gleiwitz am 3. 12. 1958 (DokDtl. IV, 1, S. 265–267).

168) Siehe die Reden in Warschau vom 13. 12. und vom 14. 12. 1958 (W. G., O probl. niem. [wie Anm. 3], S. 138–152, sowie Maass [wie Anm. 51], S. 215f. bzw. 216f.).

überwundenen Probleme im Verhältnis zur DDR. In der Bewertung durch die Warschauer DDR-Botschaft wurde kritisiert, daß das Deutschlandproblem von seiten Polens zu sehr auf die Grenzfrage beschränkt und die nationalen polnischen Interessen in den Vordergrund gestellt würden; der Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus werde ebenfalls vernachlässigt¹⁶⁹.

Einen zweiten Störfaktor in den Beziehungen bildeten die wirtschaftlichen Probleme. Gomułkas Absicht, anstelle von Kontakten mit dem „Kapitalismus“ den Osthandel zu intensivieren, hatte sich nach 1958 verstärkt. Sein Ziel war eine enge regionale Zusammenarbeit mit der DDR und der ČSSR¹⁷⁰. Dieser „Dreiecksplan“ stieß in Ost-Berlin auf keine besondere Gegenliebe, da man der wirtschaftlich stärkere Teil war und die mangelnde Durchsetzung kommunistischer Prinzipien in Polen, besonders den Verzicht auf Kollektivierung, nicht gutheißen wollte¹⁷¹. In den offiziellen Verlautbarungen beider Seiten wurden freilich die ganze Zeit über die angeblich problemlosen Beziehungen herausgestellt. Gomułka lobte die Entwicklung der DDR als positives Gegenbild zum westdeutschen Staat. Man finde in ihr keinerlei revanchistische Gebietsansprüche und Überbleibsel des Faschismus mehr¹⁷². Intern monierte Ost-Berlin aber weiterhin die außen- und abrüstungspolitischen Aktivitäten Polens¹⁷³. Den Meinungsverschiedenheiten versuchten die beiden Führungen durch verstärkte Gesprächsaktivitäten entgegenzuwirken. Sie entwickelten einen propagandistischen Maßnahmenkatalog, der neben der „Entlarvung der Gefährlichkeit des deutschen Militarismus“ weitere Punkte enthielt wie das Verhindern neuer polnischer Haß- oder Angstgefühle gegenüber den Deutschen sowie den Wunsch nach stärkerer Würdigung der Rolle der DDR¹⁷⁴. Daß diese Inhalte von polnischer Seite nicht konsequent verwirklicht wurden, beweist ein nur fünf Monate später verfaßter Bericht der Warschauer DDR-Botschaft, in dem dieselben Punkte erneut angesprochen wurden¹⁷⁵. Nach außen wurde die Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpläne von Polen nun zwar deutlicher bekundet, besonders hinsichtlich einer internationalen Aufwertung der DDR, der Lösung der (West-)Berlin-Frage und der Möglich-

169) IfGA, ZPA, IV 2/20/167 v. 20. 3. 1959.

170) Vgl. Tykociński (wie Anm. 73), S. 7.

171) Nach Bontschek (wie Anm. 46), S. 53. Zur Unruhe in SED-Kreisen trugen auch die Reformdiskussionen unter Polens Spitzenökonomen bei (s. G. Strobel: Oskar Lange und die Reformbestrebungen in der marxistischen Wirtschaftstheorie Polens, in: Europa-Archiv 14 [1959], S. 601–624).

172) So in seinem Beitrag für „Foreign Affairs“ im April 1960 (vgl. Anm. 88).

173) IfGA, ZPA, IV 2/20/184 v. 23. 2. 1960.

174) Aktennotiz über eine Besprechung des DDR-Botschaftsrats in Warschau, Moldt, mit dem Leiter der Propaganda-Abteilung des ZK der PZPR, Stasiak, vom 12. 1. 1961 (IfGA, ZPA IV 2/20/185, Bl. 90).

175) Besprechung des Warschauer DDR-Botschaftsmitarbeiters Röse mit dem Leiter der Presseabteilung im ZK der PZPR, Starewicz, vom 15. 6. 1961 (IfGA, ZPA, IV 2/20/185, Bl. 790).

keit des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages mit dem ostdeutschen Staat, aber noch nicht in dem Maße, wie es sich die SED-Führung wünschte¹⁷⁶.

Eine Verbesserung des Verhältnisses der beiden Staaten trat paradoxerweise nach dem Mauerbau vom 13. 8. 1961 ein. Er bildete insofern einen Einschnitt in den bilateralen Beziehungen, als die polnische Parteispitze nun erkennen mußte, daß ihr Schicksal bis auf weiteres mit dem der DDR eng verbunden sein würde¹⁷⁷. Daß dieser Prozeß aber stark vom jeweiligen Verhalten der Sowjetunion abhängig blieb, darf dabei nicht übersehen werden. Deutlich wurde dies z. B. Ende 1961, als sich Moskau zu Gesprächen mit dem Westen bereit erklärte und die Absicht fallenließ, mit der DDR einen separaten Friedensvertrag bis Jahresende abschließen zu wollen¹⁷⁸.

Seit 1962 waren die außen- und sicherheitspolitischen Positionen Polens und der DDR nicht mehr zu trennen. Die beiden DDR-Besuche Gomułkas im Oktober 1962 und im Januar 1963 zeigten die neuen politischen Gemeinsamkeiten deutlich. Nachdem der polnische Parteichef schon im Vorfeld der ersten Reise in einer Rede im Kombinat von Türchau/Turów die DDR als „mächtige Schranke gegen die Expansion des westdeutschen Imperialismus“ gelobt hatte, stellte seine Rede vor der DDR-Volkskammer am 19. 10. 1962 den bis dahin deutlichsten Beweis für den Abbau der Spannungen dar¹⁷⁹. Nach einer historischen Abhandlung über die fortschrittlichen Kräfte in der deutschen Geschichte leitete Gomułka auf die DDR über: „Die Deutsche Demokratische Republik, der erste friedliebende Staat in der Geschichte Deutschlands, ist die größte historische Errungenschaft des deutschen Volkes. Sie weist . . . auch den Weg der Entwicklung für ganz Deutschland.“¹⁸⁰ Dieser brüderliche Staat müsse auch gemeinsam geschützt werden, denn: „Die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik ist die Sicherheit Polens.“¹⁸¹

176) Vgl. Aufzeichnung der Warschauer DDR-Botschaft vom 10. 2. 1961 (IfGA, ZPA IV 2/20/185, Bl. 761). Darin heißt es u. a.: „Es wird nicht stark genug herausgestellt, daß der Viermächtestatus in Berlin nicht mehr existiert.“ (S. 25).

177) Bontschek (wie Anm. 46), S. 43.

178) Vgl. eine Mitteilung von ADN-Warschau vom 17. 11. 1961, in der erneut ein Nachlassen der Berichterstattung über die DDR beklagt wurde (IfGA, ZPA, IV 2/20/163). Daß sich Gomułka mit der veränderten sowjetischen Position schwer tat, beweisen die beiden Reden vom 10. 9. 1961 in Warschau, worin er die Friedensvertragsidee offen propagierte, und die in Kattowitz vom 2. 12. 1961, in der er die geänderte Position der UdSSR der polnischen Öffentlichkeit darstellen mußte (s. DokDtl. IV, 7, S. 1035–1045).

179) Vgl. W. G., O probl. niem. (wie Anm. 3), S. 219–225.

180) Ebenda.

181) Ebenda. – In diesem Tenor gehalten ist auch ein Hintergrundbericht der ZK-Abteilung Außenpolitik an Parteichef Ulbricht vom 10. 10. 1962. Darin wird u. a. mitgeteilt: „Die Politik der PVAP in der Deutschlandfrage entspricht der der Sowjetunion und unserer eigenen . . . In der propagandistischen Arbeit (Presse) wird die militaristische und revancharistische Politik der Adenauer-Regierung gut entlarvt. Die Rolle und die Errungenschaften der DDR werden zunehmend besser, aber immer noch zu wenig, herausgearbeitet . . . Die Unterstützung der VRP für die DDR in politischer Hinsicht findet nicht ihren gleichwertigen Ausdruck auf ökonomischem Gebiet“ (IfGA, ZPA, NL 182/1251).

Dieses polnische Entgegenkommen in politischen Fragen wurde durch ökonomische Zugeständnisse der DDR erleichtert. Sie erklärte sich bereit, stärker am Prozeß der Arbeitsteilung innerhalb des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mitzuarbeiten. Durch die sogenannte „Aktion Bruderschaft“ sollte die Zusammenarbeit der Grenzregionen verbessert werden¹⁸². Zu diesem Zeitpunkt fehlte allerdings eine weiterführende Konzeption zur Entwicklung der polnischen Deutschlandpolitik. Gomułka teilte einem britischen Korrespondenten unverblümt mit, daß Polen alle seine wesentlichen Wünsche erreicht habe¹⁸³. Der Höhepunkt der Beziehungen war überschritten. Jedoch drang dies nicht nach außen, weil die antiwestliche Rhetorik unverändert beibehalten wurde. Es zeigte sich aber bei konkreten Einzelschritten¹⁸⁴. Zudem erwähnte Gomułka die DDR als Gegenbild zur „revanchistischen Deutschen Bundesrepublik“ immer seltener in seinen Reden. Es traf wohl das zu, was Gotthold Rhode wie folgt beschrieben hat: „Da man sie (die DDR; d. V.) loben muß, es aber wahrscheinlich nicht gerne tut, bleibt sie möglichst unerwähnt.“¹⁸⁵

Die Reaktion der DDR bestand darin, bei nächster Gelegenheit spüren zu lassen, wie man Gomułkas Zukunft einschätzte. Anlässlich seines DDR-Besuches im April 1967 tobte hinter den Kulissen der Kampf, welche Teile der Gästereisen in der Presse des Gastgeberlandes veröffentlicht werden sollten, bestimmte Stellen erschienen sogar völlig sinnverändert. Kritik Gomułkas an der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen fiel so unter den Tisch¹⁸⁶. Das Gleichgewicht unter den Ostblockführern schien sich inzwischen so weit verschoben zu haben, daß die Initiative von Ulbricht und nicht mehr von Gomułka ausging. Indizien dafür waren die Ablehnung einer polnischen Studie zum Rüstungsabbau in Europa durch das DDR-Außenministerium und Änderungswünsche am geplanten ostdeutsch-polnischen Freundschaftsvertrag hin zu einer stärkeren Kritik am westdeutschen Militarismus und Neonazismus¹⁸⁷. Dieser Vertrag, der am 15. 3. 1967 unterzeichnet wurde, enthielt keine in die Zukunft weisenden Gedanken, sondern sicherte das bereits Erreichte nur nochmals ab. Er konnte auch das wirtschaftliche Dilemma aus polnischer Sicht

182) Vgl. Bontschek (wie Anm. 46), S. 44f., sowie G. Strobel: Der Ausbau der polnischen Beziehungen zu Pankow, in: Europa-Archiv 18 (1963), S. 135–144, hier S. 142.

183) Zit. nach Strobel, Gomułkas Besuche (wie Anm. 162), S. 22.

184) Dazu gehörte die offenkundige Vernachlässigung wirtschaftlicher Gemeinschaftsprojekte und die gegenseitige Berichterstattung in den Medien (nach Bontschek [wie Anm. 46], S. 50).

185) Vgl. G. Rhode: Das Deutschlandbild in Ostmitteleuropa, in: Die Politik des Westens und Osteuropa, hrsg. von A. Domes, Köln 1966, S. 109–125, hier S. 117.

186) Zu den Hintergründen des Gomułka-Besuches s. We it (wie Anm. 73), S. 128–169.

187) Zur Ablehnung eines neuen Abrüstungsplans s. IfGA, ZPA NL 182/1254, 1. 3. 1968, Bl. 26–33. Zum Vorschlag einer Vertragsergänzung IfGA, ZPA, Akten des Politbüros, I IV 2/2/1094, Protokoll 2/67 vom 17. 1. 1967.

nicht unterdrücken, das durch eine stetig negative Handelsbilanz mit der DDR und strukturelle Probleme gekennzeichnet war¹⁸⁸.

Die Schwierigkeiten der beiden Staaten miteinander gingen allerdings nicht so weit, daß sie eine gemeinsame Haltung bezüglich der Entwicklung in der ČSSR verhindert hätten. Außerdem wurden Versuche unternommen, zu einer gemeinsamen Verhandlungslinie gegenüber der Bundesrepublik zu gelangen. Um so überraschender kam für die DDR die Gomulka-Initiative vom 17. 5. 1969. Die Tatsache, daß es keinerlei Absprachen gegeben hatte, wurde vor allem deshalb mißtrauisch zur Kenntnis genommen, weil Polen zudem eine westliche Anerkennung der DDR nicht mehr zur Vorbedingung von Verhandlungen machte¹⁸⁹.

Intern waren neue Impulse von den in ihrer Politik erstarrten Parteichefs nicht mehr möglich. So war überall eine gewisse Erleichterung spürbar, als Gomulka und Ulbricht die politische Bühne verlassen mußten. Das „Neue Deutschland“ schrieb von der „engsten Zusammenarbeit vor allem in jüngster Zeit“ und der Tatsache, daß Honecker und Gierek Freunde seien¹⁹⁰. Das auch von den beiden Vorgängern zu behaupten, hatte niemand gewagt.

Zusammenfassung

Das Verhältnis zu Deutschland war für Wladyslaw Gomulka über den ganzen Zeitraum seines politischen Handelns der zentrale Aspekt polnischer Außenpolitik. Die Anfänge liegen im Trauma des Septembers 1939 begründet, als Polen dem deutschen Überfall hilflos ausgeliefert war. Die Überzeugung, daß die polnische Schaukelpolitik der Zwischenkriegszeit endgültig gescheitert war, ließ Gomulka für die Zukunft ganz auf die Sowjetunion setzen, der er natürlich auch ideologisch verbunden war. Dabei konnte er an antideutsche Stereotypen anknüpfen, die sich schon am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt hatten und durch die Erfahrungen von Krieg und Besetzungen wesentlich verstärkt worden waren. Dazu gehörte auch die Übernahme der „piastischen Konzeption“, die zur eigentlichen Legitimation für die neue polnische Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße wurde. Nachdem die Kommunisten an die Macht gelangt waren, bestand für Gomulka kein Zweifel, daß es auch auf Dauer nicht gelingen würde, die polnische Gesellschaft zu majorisieren. Die Auseinandersetzung mit Deutschland bot sich aber als identitätsstiftendes Mittel zum Zweck des Machterhalts an. Unter anderem gelang es mittels dieser Propaganda, innenpolitische Gegner auszuschalten. Die marxistisch-leninistische Ideologie hatte dabei in jener Zeit nur eine Nebenrolle inne, nationale und panslawische Töne überwogen. Direkten Einfluß auf die deutsche Problematik hatte Gomulka als Minister für die „Wiedergewonnenen Gebiete“, wo-

188) Siehe Ort Mayer (wie Anm. 132), S. 36.

189) Vgl. Osteuropäische Rundschau 16 (1970), H. 1, S. 19.

190) Zit. nach Bontschek (wie Anm. 46), S. 64.

bei er die in Potsdam beschlossenen Maßnahmen radikal umsetzte. Nach seinem Sturz entwickelte sich die Einstellung der polnischen Kommunisten zu Deutschland analog zur West-Ost-Problematik im beginnenden Kalten Krieg. Während Gomułka sich die größtmögliche Schwächung Deutschlands zum Ziel gesetzt hatte, um eine erneute Aggression zu verhindern, wurde nun zwischen den „bösen“ Deutschen (West) und den „guten“ Deutschen (Ost) unterschieden. Als Gomułka in den turbulenten Herbsttagen 1956 wieder an die Parteispitze zurückkehrte, knüpfte er an die außenpolitische Konzeption seiner Vorgänger nahtlos an und übernahm ihr Klassenkampfokabular¹⁹¹. Seine zaghaften Versuche einer Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik stießen auf keine Gegenliebe in Bonn und waren spätestens nach dem Einschwenken auf den Moskauer Kurs im Herbst 1958 beendet. In der Folgezeit gehörten Gomułkas Äußerungen gegenüber Westdeutschland mit zu den schärfsten im Lager des Warschauer Paktes. Angriffspunkte waren der angebliche Revanchismus und Revisionismus gegenüber Polen, die militärische Aufrüstung, verbunden mit den Plänen zu einer Atombewaffnung, sowie die Vergangenheit deutscher Spitzenpolitiker. Durch diesen Stil beraubte er gleichzeitig die polnischen Abrüstungsvorschläge eines großen Teiles ihrer Glaubwürdigkeit. Die Verschärfung des innenpolitischen Kurses führte zu einer weiteren Intensivierung der Propaganda. Der Kampf gegen den Einfluß der katholischen Kirche besonders anlässlich der Millenniumsfeiern der Taufe Polens (1960–1966) wurde von Gomułka, der ein Verhandlungsmonopol mit der Bundesrepublik bewahren wollte, gerade auch mit den bekannten anti-westdeutschen Argumenten geführt. Die „deutsche Gefahr“ diente zudem zu einem Teil als Rechtfertigung des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei im Jahre 1968, zu dessen Hauptinitiatoren Gomułka zählte. Das übergeordnete Ziel der endgültigen Sicherung der polnischen Westgrenze führte aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage, u. a. der Bonner „neuen Ostpolitik“ und der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur Rede vom 17. 5. 1969, die den Weg zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik ebnete, die mit dem Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 ein erfolgreiches Ende fanden.

Auch Gomułkas Verhältnis zur DDR war bei weitem nicht störungsfrei. Es war geprägt von den Widerständen auch in der SED gegen die Oder-Neiße-Grenze vor 1948 und der scharfen Kritik an seiner Rückkehr 1956. Die Angst vor einem Arrangement zwischen Moskau und Ost-Berlin verließ Gomułka nie. Die politischen und vor allem die wirtschaftlichen Differenzen zwischen beiden Staaten waren zumeist recht groß. Nach außen hin funktionierte das Prinzip der Interessengemeinschaft. Die DDR war Polen als Brückenkopf des Sozialismus gegen den Westen wichtig, auch wenn sich Gomułka erst relativ

191) Siehe a. A. Werbjan: *Stalinizm a suwerenność Polski* [Der Stalinismus und die Souveränität Polens], in: *Miesięcznik Literacki* (1990), H. 2/3, S. 85–94, hier S. 89.

spät zu einer öffentlichen Schutzverpflichtung für die Elbe-Werra-Grenze entschließen konnte. Schon aufgrund der frühen Anerkennung der „Friedensgrenze“ Polens in Görlitz durch die DDR konnte der polnische Parteichef nicht an einer deutschen Wiedervereinigung interessiert sein. Auch eine solche unter sozialistischen Vorzeichen war nur die zweitbeste Lösung für ihn hinter der Bewahrung des Status quo, den Polen durch die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gewahrt sah.

Für die gesamte Zeit läßt sich festhalten, daß sich die politische Grundeinstellung Gomulkas zu Deutschland nicht verändert hat. Der Parteichef, den Hansjakob Stehle als „sehr konservativen, in seiner Mentalität sturen, auf fast bäuerliche Art gläubigen Kommunisten“ bezeichnet hat, hatte sich seine ideologische Grundposition schon in den vierziger Jahren zurechtgelegt¹⁹². Seine Prioritäten waren der Machterhalt der eigenen Partei und – etwas untergeordnet – die Sicherheit Polens vor Deutschland. Diese Positionen änderte er auch bei völlig veränderten weltpolitischen Bedingungen nicht mehr. Somit kann die von Milovan Djilas treffend beschriebene Entwicklung vom Revolutionär zum Reaktionär für den Bereich der Deutschlandpolitik nicht gelten¹⁹³.

Sein Sturz im Dezember 1970, nachdem er sein politisches Hauptziel erreicht hatte, war dann nur konsequent. Er hatte längst die Fähigkeit zur Integration, wenn er sie überhaupt jemals besaß, verloren; die Bedrohung aus dem Westen als Ausrede gab es nun nicht mehr.

192) H. Stehle: „Polnischer Weg“ – Illusion oder Realität?, in: Das Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956, hrsg. von D. Beyrau und I. Bock, Bremen 1988, S. 59–71, hier S. 59f.

193) Für „Kultura“ im März 1971, nach Bethell, Spielart (wie Anm. 143), S. 342.

Summary

Władysław Gomułka and Germany

The relationship with Germany was a central theme for the Polish Communist Władysław Gomułka (1905–1982), who played a prominent part in the destiny of his country during the years 1943–1948 and 1956–1970. Influenced by the experience of underground fight against the German occupants in the Second World War and his close relationship with the Soviet Union, he tried to anchor Poland firmly in the Eastern camp. As there was never a chance for the Communist ideology alone to get the majority vote in Poland, he proceeded cleverly in combining it with nationalist slogans, using the fear of Germany deep inside the population. Till 1948 he made no difference between West and East Germans, but pleaded for an economic and political strengthening of Poland and the Slavic states on the whole while controlling the defeated Germany in the long run. After his comeback in 1956, he continued to use the cold war vocabulary of his predecessors. Short attempts of political opening had been finished not later than 1958. Afterwards followed a phase of close dependence upon the Soviet Union, from which he took profit mainly in internal politics: At least for a time he was able to eliminate his rivals in the party and to consolidate his power. At this time the propaganda against the Federal Republic reached its climax. It was connected with a general "criticism of capitalism". The relationship with the GRD remained mixed, although there were no problems to be admitted to the public. In 1969 there was a rapprochement to the Federal Republic, from which Gomułka expected solid economic advantages; this led finally to the Treaty of Warsaw one year later.

In fact, there was no change of his fundamental attitude towards Germany, which had been formed in his early years. In spite of changed conditions as regards world politics, the premises of his policy, i.e. to maintain the power of his own party and security from Germany, continued to be valid for him. The gradual development from a revolutionist to a reactionist, which could be followed in other respects and found a pertinent description by Milovan Djilas, could not be observed in his policy towards Germany. His greatest success in foreign policy, the treaty with the Federal Republic, initiated also his downfall hardly three weeks later. Ideology no longer was able to cover the problems of internal politics, the excuse of the German threat no longer was valid.